Einzelnummer 30 Pf.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 6.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3290.

Nr. 209 | Donnerstag, den 8. September 1921 | 12. Jahrgang

Der Friedenswille der englischen Arbeiterschaft.

Die englischen Arbeiter verlangen Verständigung mit Irland.

London, 7. Sept. Der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftsausschusses und der nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei haben gestern in Cardiff in einer gemeinsamen Sitzung ein Telegramm an Lloyd George über die irische Krise beschlossen, in dem erklärt wird, es müßten jetzt neue Schritte unternommen werden. Die britische Regierung müßte die Vertreter des irischen Volkes zu einer Konferenz einladen. In einer Entschließung wird nachdrücklich erklärt, daß ein Krieg mit den Sinnfeinern niemals die Genehmigung des britischen Volkes erhalten werde. Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung des Landes müßte einem Zurückgreifen auf die Gewalt bis zum äußersten Widerstand leisten und auf der sofortigen Einberufung einer Friedenskonferenz bestehen.

London, 7. Sept. Der Gewerkschaftskongreß in Cardiff nahm eine von Clynes begründete Entschließung an, in der gefordert wird, daß der Völkerbund derart umgestaltet werde, daß er vollste Gelegenheit für eine angemessene demokratische Vertretung aller Nationen bietet.

London, 7. Sept. Der Gewerkschaftskongreß in Cardiff nahm heute nachmittag eine Entschließung an, in der er seiner ärgsten Besorgnis über die Zunahme der Arbeitslosigkeit Ausdruck gibt und erklärt, daß es die Pflicht des Staates sei, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen oder eine entsprechende Unterstützung an Arbeitswillige zu gewähren.

Lloyd George für Fortsetzung der Verhandlungen mit den Sinnfeinern.

Inverneß, 7. Sept. Reuter meldet: Heute früh trat das Kabinett zu einer wichtigen Sitzung zusammen, um die irische Antwort zu besprechen. Lloyd George hatte mit dem König in Meyhall eine zweistündige Unterredung. Wie verlautet, hat Lloyd George betont, daß es notwendig sei, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Antwort der Regierung wurde einstimmig gebilligt und dem Kurier der Sinnfeiner übergeben, der gleich darauf nach Dublin abreiste. Der Text soll morgen abend veröffentlicht werden.

Laut „Daily Chronicle“ können Verhandlungen nicht stattfinden, bis die Sinnfeiner den Traum der Lostrennung aufgegeben hätten. Dies müßte ohne weitere Verzögerung geschehen. Der Notenaustausch könne nicht endlos weiter gehen. Der Berichterstatter des Blattes in Inverneß meldet: In den Kreisen des britischen Kabinetts herrscht eine sehr ernste Auffassung über die Note de Valeras. Es werde für wahrscheinlich gehalten, daß ein neuer Versuch unternommen werde, in eine Konferenz mit den Sinnfeinern einzutreten, die praktische Ergebnisse zeitigen könne.

London, 7. Sept. Es ist ein Ausschuß eingesetzt worden, der aus allen in Schottland anwesenden Kabinettsmitgliedern besteht und die irische Frage behandeln soll, mit allen Vollmachten zu handeln, sobald de Valeras nächste Antwort eintrifft.

London, 6. Sept. Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet aus Inverneß: Es werde den Sinnfeinerführern eine kurze Spanne Zeit gewährt werden, in der sie endgültig erklären müssen, ob sie in eine Konferenz auf der in dem Angebot der britischen Regierung niedergelegten Grundlage einzutreten gewillt sind. Die Regierung werde bestimmt die gesamten Fragen dem Parlament unterbreiten. Sie würde es sogar vielleicht vorziehen, diese Fragen dem Lande zu unterbreiten. Die Möglichkeit von Neuwahlen im Herbst sei unter diesen Umständen keineswegs ausgeschlossen. Lloyd George hege aber immer noch die ernste Hoffnung, daß die Sinnfeiner jetzt die Gefahr einer weiteren Verzögerung einsehen werden.

Bayern zwischen ja und nein.

Berlin, 7. Sept. (WTB. Amtlich.) Heute nachmittag 4 Uhr begannen in der Reichskanzlei die Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien. Sie wurden um 1/8 Uhr abends abgebrochen und werden morgen früh 9 Uhr fortgesetzt werden.

Berlin, 8. Sept. Zu den Besprechungen der Reichsregierung und der bayerischen Delegation schreiben die Blätter, daß alle Anzeichen dafür sprechen, daß auf beiden Seiten der ernste Wille vorhanden sei, die Differenzen auszugleichen.

Die „Freiheit“ behauptet, daß die in Bayern nach Auflösung der Einwohnerwehr unter dem Namen Notbann geschaffene neue Organisation nicht zum Schutze gegen den Streikradikalismus dienen soll, sondern in Wirklichkeit eine verschleierte Einwohnerwehr sei. Der Notbann habe militärische Ziele und werde von den gleichen Personen geleitet, wie die bisherige Einwohnerwehr. Die Reichsregierung werde sich mit dieser Organisation eingehend befassen müssen.

Braunschweig stützt die Reichsregierung.

Das braunschweigische Staatsministerium veröffentlicht eine Kundgebung an alle, in der sie den Aufruf der Reichsregierung vom 29. August billigt. Das Staatsministerium versichert, daß es die Reichsregierung im entschlossenen Vorgehen gegen alle Feinde der Verfassung und Republik unterstützen werde.

Kampfgemeinschaft der S. P. D. und U. S. P. D.

Wie der „Vorwärts“ meldet, fanden am Mittwoch vertrauliche Aussprachen von Vertretern der S. P. D. mit solchen der U. S. P. D. über die politische Lage statt. Man ist sich darüber einig, daß sich zum Schutze der Republik ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien empfehle. Im Vordergrunde stand die bayerische Frage. Es wurde von allen Seiten betont, daß die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern notwendig sei. Die Besprechungen werden am Donnerstag abend fortgesetzt werden.

Noch immer Bandenkämpfe in Westungarn.

Wien, 8. Sept. Wie das Tel.-Korr.-Bur. meldet, haben gestern nacht 12 Uhr mit Handgranaten und Gewehren bewaffnete ungarische Freischärler die Gendarmerie- und Grenzposten bei Zagersdorf südlich von Eisenstadt angegriffen. Es entspann sich ein Gefecht, bei dem auf österreichischer Seite ein Mann getötet, einer schwer und drei leicht verwundet wurden. 26 Gendarmen wurden gefangen und mit verbundenen Augen abgeführt, ihrer Ausrüstungsstücke und Wertsachen beraubt, sodann aber von den Ungarn wieder freigelassen.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien.

Beuthen, 7. Sept. Der Belagerungszustand ist heute mittag für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.

Die polnische Kabinettsfrage.

O. E. Das seit vorigem Donnerstag vorliegende Demissionsgesuch des Finanzministers Steczkowski ist gestern veröffentlicht worden. Gleichzeitig erklärt die Witos nahestehende Presse, Ministerpräsident Witos wolle noch vor Einberufung des Sejm dem Staatschef die Gesamtdemission der Regierung unterbreiten. Somit ist die Kabinettsfrage im ganzen Umfange wieder aufgerollt. Skulski tritt wiederum als Unterhändler zwischen den Parteien hervor. Da die Sozialisten durch den Lodzer Kongreßschluß an einer Teilnahme an der Regierung verhindert sind, wäre eine Erweiterung des Kabinetts nur durch die Nationale Arbeiterpartei oder die Rechte möglich, worum gegenwärtig ein Kampf ausgefochten wird. Als Kandidat für den Finanzministerposten taucht der frühere österreichische Finanzminister Bilinski auf, der bisher als Aktivist gemieden worden war; an diesem Umstande dürfte wohl auch seine endgültige Amtsübernahme scheitern.

Entsendung einer interalliierten Mission nach Rußland.

London, 7. Sept. „Star“ erfährt vom Foreign Office, daß sich eine interalliierte Mission, sobald die Sowjetregierung ihre Zustimmung erteilt, bald nach Rußland begeben wird, um zu prüfen, in welcher Weise den Opfern der Hungersnot am besten geholfen werden kann. Das britische Personal der Mission ist bereits zusammengestellt.

Bolschewistischer Terror gegen russische Intellektuelle.

Paris, 6. Sept. Nach einer Meldung der „Agence Ruscio“ aus Moskau haben die Studenten gegen einen Vorstoß der Bolschewisten, die auf dem letzten Kongreß unter allen Umständen eine Mehrheit bilden wollten, Kundgebungen veranstaltet und eine Entschließung angenommen, in der die Sowjetregierung getadelt wird. Aus diesem Grunde sind 352 Studenten verhaftet und mehrere tausend, die den Versuch machten, ihre Kameraden zu befreien, von der Roten Armee zerstreut worden. Alle Hochschulen in Moskau sind geschlossen und die Mehrzahl der Studenten verschickt. Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters des „Matin“ aus Helsingfors erzählen Flüchtlinge, daß die Gräfin Tolstoi, die Tochter des berühmten Schriftstellers, die Mitglied des allrussischer Komitees ist, verhaftet wurde.

Die alte Lüge.

Der bekannte Vorkämpfer für eine gerechte Regelung der Friedensverträge E. D. Morel veröffentlicht im führenden Organ der englischen Sozialisten, im „Daily Herald“ vom 19. August 1921, den folgenden mutigen Gewissensappell an seine Landsleute.

Der wegen der Klarheit und Offenheit seiner Sprache bedeutsame Artikel hat auch für Deutschland besonderes Interesse. Wir lassen ihn deswegen hier in der Uebersetzung folgen:

„Eins ist notwendig, eins ganz allein, das ist ein völlig neuer Geist! Die fortgesetzte Wiederholung der alten Lüge von der alleinigen Kriegsschuld des deutschen Volkes muß vollständig verschwinden, und alle müssen ihren Anteil an der Schuld anerkennen“

In diesen beiden Sätzen Ihres Leitartikels vom Mittwoch ist die große Wahrheit verkörpert, vor der die Menschheit ihr Gesicht verhüllt, um sie nicht zu sehen, in dem Glauben, den Irrtum nicht zugestehen zu dürfen Aber es ist keine Schädigung der Selbstachtung, einen Irrtum einzugestehen, besonders in einem solchen Falle wie diesen. Es kann kein neuer Geist entstehen, wenn nicht erst die alte Lüge vor der neuen Wahrheit zerstoben ist! Die Wirkung der Zerstörung dieser alten Lüge auf das Schicksal unseres Volkes und aller anderen Völker ist und wird unermeßlich sein! Dieser Angriff gegen unser Volk war notwendig, um all die Spuren aufzudecken, auf denen unsere Nation in politische und militärische Verpflichtungen verwickelt wurde, ohne daß sie davon Kenntnis hatte, und die Begeisterung dieses schlichten und großmütigen Volkes zu gewinnen für etwas, was gewissermaßen ein Kreuzzug für die Gerechtigkeit war, bei dem jedes Opfer mit seinem eigenen Blute die Steine in dem Gebäude menschlicher Brüderschaft zusammenkittete Dieser Angriff gab unserem Volke die moralische Sanktion für den vernichtenden Schlag gegen die am meisten verderbliche politische Entscheidung, die es je in der britischen Geschichte gab, und deren Folgen wir jetzt allmählich zu fühlen beginnen Es ist ein unheilvolles Band, das uns an den französischen politischen und wirtschaftlichen Imperialismus bindet, welcher das französische Volk zum Zusammenbruch treibt und auf sein Haupt den gesamten unerbittlichen Haß lenkt.

In den letzten Wochen haben zwei unserer führenden Historiker, Herr G. P. Gooch und Professor Raymond Beazley erklärt, daß auf Grund der jüngsten Beweise die Theorie von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege nicht länger aufrecht erhalten werden könnte. Professor Fay, ein führender amerikanischer Historiker, der sehr pro-britisch und pro-französisch gesinnt ist, kommt zu demselben Schluß, zu dem schon lange die neutralen Historiker gekommen sind.

Noch immer hat täglich der blinde Mechanismus eines Strafsystems die Herrschaft, weil man diese Theorie noch immer aufrecht erhält, und nur diesem Zwecke haben die Schöpfer dieses Systems so häufige Reden an uns gehalten. Die Aufgabe des Mechanismus ist es, das gemeine Volk überall jetzt und in Zukunft zu schädigen und zu vernichten.

Für das deutsche Volk bedeutet dieser Mechanismus einen andauernden Anlaß zu Leiden und Schmach. Für die deutsche Arbeiterklasse bedeutet er eine endlose Aussicht auf Plackerei für fremde Arbeitgeber ohne Ablösung, stets mit dem gleichen Lohn im dauernden sozialen Elend und Nahrungsmangel, niedergedrückt und niedergehalten zu werden.

Für uns bedeutet er eine dauernde Abwärtsentwicklung der Löhne auf das deutsche Niveau hin, eine wachsende Flut von Gütern auf den heimischen und neutralen Märkten zu Preisen, mit denen unsere Fabriken nicht mehr konkurrieren können, infolgedessen wachsende Arbeitslosigkeit. Man wird ein Heer von Beamten aufbringen, um zu versuchen, diese Flut einzudämmen; die Ausgabe ungeheurer Summen für militärische Besetzung deutscher Gebiete kommt dazu: äußerst unproduktiv für die Sieger, ein Gegenstand der Bitterkeit für den Besiegten, selbst wenn sich unsere Soldaten gut führen. Die moralischen und geistigen Folgen dieser alten Lüge, die aufrecht erhalten wird als Arbeitsbasis für die auswärtigen Beziehungen, werden ebenso verderblich wirken, da sie die tiefsten Tiefen menschlichen Denkens berühren. Ein allgemeines Urteil ist über das deutsche Volk gefällt worden. Es ist begründet auf eine historische Unwahrheit. Wenn es aufrecht erhalten wird, dann kommt ein allgemeiner Schmutz von Unwahrheit in das öffentliche Leben Europas einschl. unseres eigenen.

Selbst wenn aber die Begründung des Schuldurteils nicht historisch falsch wäre, könnte es nur dadurch gerechtfertigt werden, indem man alles verleugnet, was als höchster Beweis von Patriotismus gilt, nämlich die allgemeine Bürgerpflicht, in Zeiten nationaler Krisen dem Staate blind zu gehorchen. 1914 waren die Lenker Deutschlands, das nicht gefährdet war, der Gefolgschaft ihrer Mitbürger sicher. Die Probe wurde daraufhin gemacht, und jetzt sind sie dafür zusammen gestraft bis in die zweite und dritte Generation. Jetzt aber wird die Auslegung des Begriffs „Patriotismus“, welche jene ihm gaben, täglich in unseren Schulen gelehrt.

Wenn aber, wie wir jetzt erkennen, das Urteil auf falschen und unvollständigen Tatsachen beruht, wird das Unrecht, gegen welches sich die geistigen Führer unserer Nation letzten Endes offen wenden werden, zu einem Verbrechen. Und das ist der Kern der ganzen Sache. Solange, wie das

Urteil gegen das deutsche Volk hinter verschlossenen Türen von Versailles und von Richtern aufrecht erhalten wird, welche der Natur der Sache nach nicht unparteiisch sein können, leben wir alle im Schatten eines großen Verbrechens. Vor dieser Schlußfolgerung gibt es keine Flucht, weder mit ethischer noch mit logischer Begründung.

Solange nicht dieser Schatten vernichtet ist, kann Europa und die Welt nicht gesunden. E. D. Morel.

Von den Allianzen der Klassen.

Die politischen Lehren der Teuerungsbewegung.

Von Friedrich Olk, Elberfeld.

Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß infolge der ungeheuren Preissteigerung und der Inflation unseres Geldes das deutsche, sich eben erholende Wirtschaftsleben nicht an ernsten Erschütterungen vorbeikommen wird. Wohl sind infolge der schlechteren Bewertung der deutschen Mark beachtenswerte Aufträge aus dem Auslande hereingekommen, so daß die deutschen Exporteure die alte Preis- und Valutaklausel, eine der bösesten Erinnerungen an die Dumpingzeit, teilweise wieder einführen konnten. Wohl rauchen die Essen andauernder als in den letzten Sommermonaten, und die Berichte über die Arbeitsmärkte klingen hoffnungsvoller und erfreulicher. Doch ist nicht zu übersehen, daß das intensive Anziehen der Preisschraube, besonders für Lebens- und Genußmittel, eine neue Preis- und Lohnrevolution provoziert. Und in diesem Zusammenhange muß festgestellt werden, daß die aufsteigende Tendenz der deutschen Preisbildung und die nachlassende Bewertung der deutschen Mark auf die Ueberstürzung zurückzuführen ist, mit der unter dem Regime Hermes die Rückkehr von der gebundenen Wirtschaft zur ungebundenen vollzogen wird.

Gewißlich muß zwischen Produzenten- und Konsumenten-Politik ein erträglicher Ausgleich geschaffen werden. Wohin eine überspannte Konsumenten-Politik der Gewalt und der Zwangsmäßigkeit führt, zeigt die gegenwärtige Situation in Rußland. Aber die Männer, denen die Ernährungswirtschaft in Deutschland anvertraut wurde, machen ausschließlich Produzentenpolitik, die heute den Massen als Dividenden- und „Gute Preis-Politik" erscheinen muß. Man hat den Erfahrungen bei Aufgeben der gebundenen Wirtschaft im vorigen Jahre zuviel getraut. Damals aber hatte man mit einer schlechten Weltkonjunktur und mit einer Entspannung des Weltmarktpreises zu rechnen. Heute, wo man das Experiment auf die Getreidewirtschaft erweitert, stellen sich neben den „menschlichen Schwächen" der ackerbautreibenden Bevölkerung und der verbrecherischen Gewinnsucht weiter Händlerkreise die sachlichen Schwierigkeiten ein. Es war vorauszusehen, daß die Weltmarktkrise auch einmal ihr Ende erreichen würde. Und wenn die Anzeichen nicht trügen, bewirkt die anziehende Konjunktur in England und Amerika ein Steigen der Weltmarktpreise. Und dieses Steigen wird sehr wahrscheinlich unheilvoll auf die deutsche Preisbildung zurückwirken. Die Frage, ob die deutsche Wirtschaft dem gewachsen ist, soll dahingestellt bleiben. Noch steht auf dem freien Markte in Deutschland ein nicht genügendes Angebot einem nicht aus der Inlandsproduktion zu befriedigenden Bedarf gegenüber, der z. B. die deutschen Getreidepreise über die Weltmarktparität getrieben hat. Die einzige Möglichkeit, die Katastrophe in ihren fürchterlichen Folgen abzuschwächen, ist heute die Erhöhung des Umlagegetreides zum mindesten über 4 Millionen Tonnen.

Unter Einfluß der beispiellosen Preissteigerung mehren sich die Nachrichten über Arbeitseinstellungen in unheimlicher Fülle. Der Industrie kommen heute die Streiks sicher ungelegen. Aber wie es scheint, ist man in den industriellen Kreisen gewillt, diesen Auseinandersetzungen nicht aus dem Wege zu gehen. Heute begreift man kaum die Stellung, die die politische Vertretung der deutschen Industrie gegenüber der Ernährungspolitik eingenommen hat. Die Erinnerung an den Streit zwischen dem preußischen Landwirtschaftsminister Braun und dem Reichsernährungsminister Hermes wird lebendig. Die Politik Brauns scheint heute richtiger und gegebener denn je. Sie plante eine Aufforstung der landwirtschaftlichen Produktion durch Verbilligung der Düngemittel. Damit war der Finger in die offene Wunde gelegt. Jeder weiß, wie sehr der prozentuale Anteil der Ausgaben für Düngemittel an den Gestehungskosten der landwirtschaftlichen Produkte gesunken ist. Wäre man auf die Braunschen Pläne eingegangen, so würden sich heute, wo wir bei Wiedereinführung des freien Getreideimports Milliarden ins Ausland tragen müssen, die wohltätigen Folgen bemerkbar machen.

Die deutsche Industrie ist mit den Arbeitern an billigen Lebensmittelpreisen interessiert. Eine natürliche Verbindung, eine selbstverständliche Allianz der beiden Klassen, scheint in diesem Falle für lange Zeit gegeben zu sein. Und doch ist es anders gekommen. Unter vielsagendem Lächeln des deutschen Agrariers hat das deutsche Unternehmertum gegen die gebundene Wirtschaft Sturm gelaufen. Vielleicht aus dem Gefühl der Antipathie heraus. Vielleicht aus dem Gefühl des Mißtrauens gegen ein System, das an Planwirtschaft, Leistungs- und Lieferungsverbände usw. erinnerte.

Die Entwicklung der Dinge zeigt, daß das deutsche Unternehmertum unter dem falschen Kalkül am meisten leidet. Die Bewegung gegen die Teuerung beweist, daß die Massen der Konsumenten genügende Kraft bewahrt haben, sich gegen eine ungerechtfertigte Reduzierung des Güteranteils mit aller Energie zu wenden. Wir wissen, daß die gesamte Wirtschaft unter diesen Kämpfen in erster Linie leiden muß, und daß das deutsche Unternehmertum durch seine politische Stellungnahme nicht nur eine unheilvolle Erschütterung der Wirtschaft heraufbeschwört, sondern auch mit einer Tradition der friedlichen Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft bricht, die sich seit dem Zusammenbruche einzubürgern schien, die im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt, und bei der die deutsche Industrie sehr gut und das deutsche Unternehmertum nicht sehr schlecht gefahren ist. Der aggressive Teil angesichts der bedauerlichen Situation sind jene Vertreter des Unternehmertums, die heute, wo die Lage Deutschlands einem ausbrechenden Vulkan gleicht, unklugerweise die Frage des Achtstundentages erörtern, und jene Scharfmacher, die den notwendigen Forderungen der Arbeitnehmerschaft fast verständnislos und in einer Manier gegenübertreten, die jede Würdigung der gerechtfertigten Forderungen vermissen läßt. Das ganze Unternehmertum sollte bei den unabwendbaren Kämpfen immer die künftige Koalition im Auge haben. Für Jahrzehnte hinaus wird sich eine gemeinsame Front zwischen konstantem und variablem Kapital gegen das deutsche Agrariertum nicht vermeiden lassen. Und an eines sollte das deutsche Unternehmertum denken: In der Front der Konsumenten und der Arbeitnehmer stehen an erster Linie jene Schichten, die man nach der Revolution mit dem Ausdruck das „zweite oder das andere Proletariat" bezeichnet hat. Es sind die großen Schichten der geistigen Arbeiter, jene Schichten, die sich aus begreiflichen und erklärlichen Gründen bei Lohnbewegungen und in den Mieterschutzvereinen am radikalsten gebärden. Ob es klug ist, und ob es im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt, wenn das deutsche Unternehmertum es auf eine politische ungezügelte Auseinandersetzung mit jenen Schichten ankommen läßt, die bei dem gegenwärtigen Kurse der deutschen Industriellen früher oder später erfolgen muß, ist eine andere Frage.

Eine weitere Lehre politischer und wirtschaftspolitischer Art darf vor allen Dingen nicht übersehen werden. Der Vorstoß des Agrariertums konnte nur deshalb gelingen, weil ein Teil des Proletariats der entscheidenden parlamentarischen Aktion passiv gegenüberstand, sich nicht an den wichtigen Wahlen beteiligte, oder den Kampf um Lenins Bart und Crispiens Klassenkampf-Auffassung dem Kampfe um die proletarischen Existenzfragen vorzog. Angesichts dieser betrüblichen Tatsachen muß immer wieder betont werden, daß das Proletariat in seinen unbegreiflichen Bruderkämpfen viel versäumt hat. Aber nicht alles! Wenn es heute faktisch gezwungen ist, seine bloße Existenz in heftigen Wirtschaftskämpfen zu verteidigen, dann hat es den klaren Köpfen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung dafür zu danken, daß die gewerkschaftlichen Bastionen, das gewerkschaftliche Bollwerk, noch intakt und für die bevorstehenden Kämpfe noch brauchbar ist. Es hätte nicht viel gefehlt, und es wäre nicht so.

Der Tag der Rechtfertigung des deutschen Gewerkschaftsführers ist angebrochen.

Der Arbeiterschutz in Sowjetrußland. Das Moskauer Gewerkschaftsblatt „Trud" Nr. 126 wendet sich gegen die vollständige Vernachlässigung aller Bestimmungen und Gesetze über den Arbeiterschutz, die zwar auf dem Papier in einer Vollkommenheit wie in keinem anderen Staate, vorhanden seien, in der Praxis jedoch nicht befolgt würden. Die Gleichgültigkeit dagegen sei sogar in Arbeiterkreisen selbst so groß, daß niemand an eine Beseitigung der schreienden sanitären Mißstände und des lebensgefährlichen Verfalls der Betriebe denke. So sei es dahin gekommen, daß in Sowjetrußland, wo das Proletariat regiere, für den Arbeiterschutz am schlechtesten gesorgt sei, was Verminderung der Arbeitsfähigkeit und vorzeitige Invalidität nach sich ziehe.

Englischer Gewerkschaftskongreß. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Cardiff sind 850 Delegierte, die über sechs Millionen Mitglieder vertreten. Der diesjährige Vorsitzende, Poulton, erklärte in seiner Eröffnungsrede bezüglich des Vorschlages, einen Generalrat der Gewerkschaften zu errichten, die bisherige Methode sei vollkommen unzulänglich. Neue Methoden müßten eingeführt werden, damit die Gewerkschaftsbewegung sich ernstlich mit den industriellen Lebensfragen befassen könne. Poulton erklärte sich gegen die Revolution durch Gewalt und sagte, die große Mehrheit der Arbeiter sei für eine friedliche Entwickelung. Zur Arbeitslosenfrage erklärte der Vorsitzende, die bestehende Arbeitslosigkeit verurteile schon allein die gegenwärtigen Zustände. Staatsmänner, Politiker, Bankiers und Unternehmer dürften versichert sein, daß die augenblicklichen Zustände des Handels, der Wirtschaft und der Gesellschaft beseitigt werden, und daß andere, die auf Gerechtigkeit begründet seien, an ihre Stelle treten müßten. Die Arbeiterpartei müsse die vorherrschende Partei des Staates werden. Zur Frage der Internationale erklärte Poulton, die Notwendigkeit, zu einer Verständigung mit den Arbeitern der anderen Nationen zu gelangen, sei größer als je. Die barbarische wahnsinnige Methode der Regelung von Streitigkeiten durch Kriege müsse verschwinden.

Gesetzliche Regelung des Koalitionsrechtes in Japan. Eine gesetzliche Regelung des Vereinsrechtes besteht in Japan noch nicht. Die zahlreichen Wirtschaftskämpfe in dem Hochkonjunkturjahr 1919 jedoch führten zu Anträgen an die Regierung, ein solches Gesetz mit größter Beschleunigung zu schaffen. Die Regierung setzte daraufhin eine „Besondere Industriekommission" ein, welche unter anderem auch ein Gesetz, betreffend die Arbeitergewerkschaften, vorbereiten soll. Die Vertreter der Ministerien des Innern, der Landwirtschaft und des Handels legten hierzu je einen Entwurf vor, doch gingen ihre Vorschläge so sehr auseinander, daß die Kommission zu keiner Verständigung darüber gelangen konnte. Man mußte Entwürfe und Berichte dem Erstminister vorlegen, der ebenfalls die Kommission mehrfach zusammenrief, um zu einem einheitlichen Vorschlage zu gelangen. Dieser war im November 1920 in der Hauptsache fertiggestellt. Während etlicher Monate blieben die Arbeiten unterbrochen. Das gab Anlaß zu Angriffen gegen die Regierung, weil sie den Arbeiterfragen gegenüber untätig bleibe. Heute jedoch läßt die Wirtschaftskrise diese Fragen als weniger brennend erscheinen. Trotzdem sind die Arbeiten der Kommission wieder aufgenommen worden, und man hofft, einen einheitlichen Gesetzentwurf schon der nächsten Session des Parlamentes vorlegen zu können.

Kleine Nachrichten.

Unruhen in Speyer. Wegen der mit Gewalttätigkeiten verbundenen Demonstration in der vorigen Woche, bei der das Regierungsgebäude demoliert wurde, hat die Polizei neue Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeiter verlangten Freilassung der Verhafteten und sind gestern vormittag in den Ausstand getreten. Um 11 Uhr vormittags wurde das Regierungsgebäude von der Menge gestürmt. Dabei fielen Schüsse, durch die ein Arbeiter getötet, mehrere verletzt wurden. Ueber die gestrigen Ausschreitungen werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Im Laufe der Nacht waren vier Rädelsführer, die vor acht Tagen den Bildersturm im Regierungsgebäude veranlaßt hatten, verhaftet worden. Von seiten der Arbeiterschaft wurde die Herausgabe der Gefangenen verlangt, und, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, der Generalstreik verkündet. Dieser Parole wurde zum größten Teil Folge gegeben. Morgens sammelte sich eine große Menschenmenge an, die versuchte, in das Amtsgerichtsgefängnis und das Polizeigebäude einzudringen, was aber nicht gelang. Die Menge zog dann vor das Rathaus, um sich hier den Eingang zu erzwingen. Die Schutzmannschaft machte von der Schußwaffe Gebrauch, wobei vier Arbeiter verletzt wurden, von denen einer gestern gestorben sein soll.

Der Metallarbeiterstreik in Halle ist nach Annahme des Schiedsspruches durch beide Parteien beendet.

Der einzige Weg.

Der Pariser Schriftsteller Paul Reboux erhebt in seinem Roman „Les Drapeaux", der nun auch deutsch unter dem Titel „Der einzige Weg" bei Grethlein u. Co. erschienen ist, laut seine Stimme gegen einen neuen Krieg und für die Versöhnung mit Deutschland. Nicht als Kunstwerk, aber als Dokument ehrlichen Friedenswillens und wirklicher unverblendeter Vaterlandsliebe verdient dieser — leider nur vereinzelte — Weckruf an Frankreich von einem Franzosen auch bei uns Beachtung. Eines der Schlußkapitel enthält gleichsam die Darstellung des ganzen Buches. Wir geben es hier mit einigen Kürzungen wieder.

Ich setze mich für eine Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland ein:

weil meine Liebe zu Frankreich nicht durch Haß und Hochmut befleckt ist und weil ich es ablehne, uns nochmals durch die Eitelkeit der Diplomaten, den Ehrgeiz des Generalstabes und die Habgier der Wechsler und Händler ins Verderben reißen zu lassen;

weil sich Frankreich auf eins der großen Völker Europas, auf das englische oder das deutsche, stützen muß,

weil ich es für [illegible] mit meinem Feind zu versöhnen, als dem hochmütigen Nachbar, der mir nur mit Beileidsbezeigungen hilft, unterwürfig zuzulächeln.

•

Eine französisch-deutsche Versöhnung würde Frankreich, Deutschland und schließlich der ganzen Welt zum Vorteil gereichen:

weil diese Gruppe von hundert Millionen Menschen, an die sich unfehlbar Rußland, sobald es zur Ruhe gekommen ist, ferner Italien, Spanien, die skandinavischen, ottomanischen und Balkanvölker anschließen würden, die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa bilden würde, an deren Gestaltung von ganzer Seele mitzuarbeiten unsere Pflicht ist;

weil der Versuch, Deutschland zu unserem Vorteil zu lähmen, von großer Kurzsichtigkeit zeugt. Es liegt ganz im Sinne der Engländer, weil er sie vor dem industriellen Aufschwung ihres Nebenbuhlers schützt. Aber er ist verhängnisvoll für Frankreich, denn er rechtfertigt Deutschlands Feindseligkeit gegen uns. Ein Jahr der Ruhe und des fruchtbaren Friedens wird uns viel reicher machen als ein Jahr unmöglicher Forderungen;

weil der Friedensvertrag, den wir zu einem Rachevertrag gemacht haben, undurchführbare Härten enthält. Deutschland wird unsere Forderungen erst dann bezahlen können, wenn es stark genug ist — uns abzuweisen.

•

Frankreichs Wiederaufbau und Deutschlands Wiederaufbau können nur durch eine Versöhnung zwischen den beiden Staaten gesichert werden:

weil es in Deutschland Ueberlieferung ist, daß die klugen und erfinderischen Köpfe hochgeschätzt, die Gelehrten gefördert, die Professoren ausreichend bezahlt, die Erfinder sichergestellt, die Geschäftsleute durch ihre Regierung gestützt werden, die Diplomaten in Handelsfragen Bescheid wissen;

weil Frankreich nur zwischen Despotismus und Anarchie zu wählen hat, wenn es sich jener Art des Wiederaufbaues entgegenstellt. Ein solches Bündnis aber würde ein Zeitalter christlicher Liebe gewährleisten, Stadtarbeiter wie Landarbeiter würden endlich einen langen Zeitraum ohne Mord kennen lernen. Die Industriellen würden nicht Mittel zum Töten, sondern Mittel zum Leben erzeugen; und die Käufer, von Steuern weniger bedrückt, würden ihren Vorrat billiger in einer Staatengruppe ergänzen können, die so groß und so ertragreich ist, daß sie fast völlig auf sich beschränkt bleiben kann.

•

Die Erinnerung an die Vergangenheit soll uns nicht verleiten, die Idee einer französisch-deutschen Entspannung von der Hand zu weisen:

weil die Versöhnung des Siegers mit dem Besiegten ein weltgeschichtliches Gesetz ist;

weil der Angriff von 1914 nur der erste Stoß zweier gegeneinander längst gerüsteter Kämpfer war;

weil die Kriegsverbrechen der Deutschen nur allgemeine militärische Verbrechen waren;

weil der Grundsatz „Auge um Auge" nur dazu führt, daß zwei Augen statt eines ausgestochen werden, ohne daß der Einäugige aufhört, einäugig zu sein.

•

Wir haben nicht zu befürchten, in einem französisch-deutschen Bündnisse die Benachteiligten zu sein:

weil — das muß man den Schwankenden, die immer noch argwöhnen, daß die Militärpartei in Deutschland Anhänger hat, ins Gedächtnis rufen — dieses Volk die Republik errichtet und sich von seinem Kaiser befreit hat;

weil der Popanz des deutschen Militarismus sofort seine Furchtbarkeit einbüßen würde, wenn er sich nicht gegen widerwillige und verhaßte Nachbarn zu kehren hätte.

•

Die einfache Vorsorge rät uns zur französisch-deutschen Versöhnung:

weil Deutschland im Augenblick zwar aller Hilfsmittel beraubt, verhungert und in Zersetzung ist, sich aber erholen wird. Sein Wille ist das Pfand seiner Auferstehung. Und diese Auferstehung wird sich gegen uns richten, wenn sie sich ohne uns vollziehen wird;

weil ohne dieses Bündnis wir eine ununterbrochene Folge von Rachekriegen erdulden müßten;

weil Deutschland, das 1870 ungefähr so viel Einwohner hatte wie wir, morgen die doppelte Zahl haben wird;

weil wir nur die Wahl zwischen einem Bündnis und einem Krieg in zwanzig Jahren haben.

•

Zwischen einem unausbleiblichen Krieg und dem Bündnisse wähle ich das letztere:

weil es vielleicht einem Finanzklüngel Nutzen bringt, die Völker gegeneinander zu hetzen, damit ihm selbst Absatzgebiete, Kohlenbergwerke, Petroleumgruben, Wollpflanzungen, Erzlager und wirtschaftliche Abschließungen zufallen, wodurch unbegrenzte Preissteigerungen erzielt werden kön-

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 209 | Donnerstag, den 8. September 1921 | 12. Jahrgang

Die Unterdrückung des Schümmerschen Rechtsbruches.

Deutschnationale Verschleppung der Linderung der Kleinrentnernot. Sabotage der Parlamentsarbeit durch den Senat.

71. Vollsitzung des Volkstages

Mittwoch, den 7. September 1921.

Vizepräsident Dr. **Loening** eröffnet um 3 Uhr nachmittags die Sitzung mit der Verlesung einer Eingabenliste, die ohne Debatte ihre Erledigung findet.

Der Antrag des Senats auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Raube, Rahn, Mau, Beyer und Jewelowski wird einem Rechtsausschuß überwiesen.

Der Antrag des Senats auf Strafverfolgung des Abg. Schmidt wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Berichterstatter fehlt.

Die Not der Kleinrentner

rief in Anbetracht seiner Wichtigkeit eine sehr rege Debatte hervor. Die Not der Kleinrentner ist in Danzig sprichwörtlich geworden. Trotz alledem ist von seiten der Regierung bis dato noch nichts Positives geschehen, um der Not der Kleinrentner zu steuern. Die Vorlage wandert von einem Wirtschaftsausschuß in den andern und wurde ihr auch gestern wieder dasselbe Los beschieden.

Genossin **Plagemann** begründet die Vorlage, indem sie hervorhebt, daß diese schon verschiedentlich dem Wirtschaftsausschuß vorgelegen habe. Die Wohlfahrtspflege sei möglichst nach einheitlichen Gesichtspunkten in der Weise auszubauen, daß Richtlinien für das Staatsgebiet aufgestellt und Mindestleistungen festgesetzt werden. Die Not der Kleinrentner sei zu lindern durch Gewährung von zinslosen Darlehen, beziehungsweise Erleichterung des Rentenkaufs und Schaffung von Rentnerheimen. Unter Wahrung der Rechte der Freien Stadt Danzig sei eine Gleichstellung der Kriegsbeschädigten, der Ruhestandsbeamten und deren Hinterbliebenen, mit denen im Reich, mit tunlichster Beschleunigung herbeizuführen.

Abg. **Hennke** (D. P.) hebt hervor, daß die Genossin Plagemann bereits die Vorlage eingehend begründet habe. Dem Volkstag sei zu empfehlen, für die Kriegshinterbliebenen baldigst zu sorgen. Rentnerheime müßten in allernächster Zeit gebaut werden. Der Vizepräsident Ziehm vertritt allerdings den Standpunkt, daß es dem Staate unmöglich sei, so große Mittel aufzubringen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß schon längst Abhilfe geschaffen werden konnte. Monatelang hat es gedauert, ehe greifbare Tatsachen geschaffen worden sind. Abg. Brieskorn hatte vor längerer Zeit einen Antrag auf Linderung der Not der Kleinrentner gestellt. Dieser Antrag wurde seinerzeit dem Ausschuß überwiesen. Es liegt eine Entschließung vor, die drei Punkte umfaßt. Erstens Wohlfahrtspflege, zweitens Linderung der Kleinrentnernot, drittens die Ruhestandsbeamten zu berücksichtigen. Richtig sei, daß eine Mindestleistung festgelegt werde. Die Kommunen müssen gezwungen werden, diese zu gewähren. Die Kleinrentner seien im Freistaate besonders schlecht gestellt. (Redner empfiehlt das hierfür maßgebende Buch von Amtsrichter Schneider, Nürnberg zum Studium.) Die Kleinrentner bekommen jährlich nur 3000 Mk. und müßten hiervon noch Steuern zahlen. Bald kommt die Zeit, in der die Optionsfrage erledigt sein muß. Die Pensionäre verlangen dringend die Beantwortung dieser Frage. Zweckmäßig sei, hier in Danzig eine Optionsstelle zu schaffen. Der Antrag Philipsen bezweckt, die ganze Angelegenheit dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Dadurch wird wieder alles verzögert. Die Deutschnationalen behaupten stets, daß keine Mittel für diese Vorlage vorhanden seien. (Widerspruch bei den Deutschnationalen.)

Genosse **Beyer** unterstreicht in gewisser Hinsicht die Ausführungen des Abg. Hennke. Redner weist auf die von den Deutschnationalen wiederholt geplante Verzögerung hin und ruft ihnen zu: Hütet euch vor den Katzen, die vorne lecken und hinten kratzen. Den Kleinrentnern ruft der Genosse Beyer zu:

Hütet Euch vor den Deutschnationalen!

Diese haben schon im Anfang des vorigen Jahres dem Antrag einen Bericht zugefügt, der das Plenum zwang, diese Materie dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Den Dank, daß für die Kleinrentner noch nichts erreicht wurde, mögen diese den Deutschnationalen abstatten.

Abg. **Philipsen** (Dnatl.) findet, die Not der Kleinrentner sei zu ernst, als daß man sie lächerlich mache. Wirksame und schnelle Hilfe sei von Nöten. Redner schlägt eine einmalige schnelle Beihilfe vor. Diese könnte auch in Form einer Winterbeihilfe gewährt werden.

Ein Antrag die Gesetzesvorlage dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen, wird mit Mehrheit angenommen.

Einstellung des Verfahrens gegen Senator Schümmer.

Abg. **Plettner** (U. S. P.) findet es eigentümlich, daß der gegen den Senator Schümmer eingesetzte Untersuchungsausschuß seine Arbeiten in einer Sitzung erledigen konnte. Das beweise, daß durchaus nicht in die Materie eingetreten worden sei und man sich nur mit belanglosen Fragen beschäftigt habe. Der Volkstag habe aber nach Artikel 19 das Recht und auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, wenn die Gesetzlichkeit oder Lauterkeit von Regierungs- oder Verwaltungsmaßnahmen angezweifelt wird. Von den bürgerlichen Mehrheiten wird dies unmöglich gemacht. Der Abg. Schwegmann hatte im Untersuchungsausschuß einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens eingebracht, der durch Abstimmung mit Mehrheit angenommen wurde. Die Deutschnationalen beweisen, daß ihnen an dem Artikel 19 der Verfassung durchaus nichts gelegen ist. Redner geht dann auf den Fall Rahn und Schmidt näher ein und stellt dabei fest, daß die Argumente, die zur Verhaftung der beiden Abgeordneten geführt haben, hierzu nicht ausreichen und somit der Spruch des Obergerichts hinfällig sei.

Gen. **Beyer** erklärt, daß der 4. August dem Senator Schümmer die langersehnte Gelegenheit gab, die Abgeordneten Rahn und Schmidt zu verhaften. Eine Klärung der ganzen Angelegenheit durch den Volkstag sei durch den Untersuchungsausschuß unterbunden worden. Redner gibt dem Senator Schümmer den guten Rat nach Amerika auszuwandern. Die Rechte des Hauses habe es dem Senator Schümmer unmöglich gemacht, sich von dem auf ihm lastenden Schmutzfleck zu reinigen.

Abg. **Fietkau** (Kom.) nennt das Verhandeln dieser Angelegenheit ein Theater. (Inzwischen hat ein großer Teil der Rechten den Saal verlassen.) Die Rechte des Hauses habe eben heute noch die Macht, das ganze Volk zu terrorisieren. Der § 105 des Strafgesetzbuches habe im Falle Schümmer eine sonderbare Auslegung erfahren, und ist Redner neugierig, wie in ähnlichen Fällen geurteilt wird.

Abg. **Kubacz** (Pole) erklärt als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, daß es ihm schwer geworden war, die Abstimmung vornehmen zu lassen. Der Vorsitzende stehe aber über den Parteien und habe nach den Beschlüssen der Mehrheit zu handeln. Kaum eine halbe Stunde habe der Untersuchungsausschuß getagt, als vom Abg. Bumke ein fertig ausgearbeiteter Antrag, das Verfahren gegen Schümmer einzustellen, vorgelegt wurde. Es handelt sich in diesem Falle darum, daß ein Verstoß gegen die Verfassung vorliegt. Wenn die Antragsteller im Untersuchungsausschuß etwas durchsetzen wollen, muß es vor allen Dingen erst dort beraten werden, ehe es zur Annahme gelangt. Indem sich Redner auf Artikel 19 der Verfassung beruft, erklärt er, daß dieser den Schutz der Minderheit sicherstelle. Bedauerlich sei es, daß die Deutsche Partei keinen Juristen in den Ausschuß entsandt habe.

Abg. **Raube** (Kom.) meint, es hat wenig Zweck hier zu sprechen, das beweise unter anderen der Fall Blindenanstalt. Anstatt Recht zu sprechen, habe der Senat jetzt gegen die dort angestellten Beamten Anklagen erhoben, weil die Aussagen gegen die Direktion der Blindenanstalt ihm nicht gepaßt haben. Redner schließt mit dem Hinweis, daß in nächster Zeit weitere Enthüllungen von seiner Seite folgen werden. Diese wären geeignet, das Verhalten von Regierungsmitgliedern noch besser als bisher zu kennzeichnen.

Da die Rednerliste erschöpft ist, gelangt man zur Abstimmung. Da diese zweifelhaft ist, wird zum Hammelsprung übergegangen. Dieser ergibt 48 Stimmen mit ja und 35 Stimmen mit nein. Mithin wird das Strafverfahren gegen den Senator Schümmer eingestellt.

Abwesenheit des Senats bei wichtigen Anlässen. Vergebung von Bauarbeiten an ausländische Firmen.

Abg. **Hoppe** (Zentr.) erklärt, daß Firmen von Marienburg Bauarbeiten im Freistaat ausführen. Das Gewerbe der kleinen Handwerker wird dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Die Firmen sind deshalb herangezogen worden weil in Marienburg die Arbeitslöhne billiger als in Danzig sind. Die Lage der Bauarbeiter ist besonders in diesem Jahre in Danzig sehr trostlos gewesen. Große Arbeitslosigkeit und fortschreitende Teuerung haben die Not der Danziger Bauarbeiter vergrößert. Der Senat muß Mittel und Wege schaffen, um die Bauarbeiter zu schützen.

Abg. **Stawitzki** (Zentr.) beantragt zur Klärung dieser Frage einen Senator rufen zu lassen.

Vizepräsident Dr. **Loening** stellt fest, daß auf Grund von § 42 der Geschäftsordnung ein Senator herbeigerufen werden kann. Dem Antrag wird somit stattgegeben.

Abg. **Stawitzki** (Zentr.) stellt den Antrag die Sitzung bis Freitag zu vertagen.

Die Sitzung wird daraufhin um ½ Stunde vertagt. In der Zwischenzeit soll nach einem Senator gesandt werden.

Kein Senator in Danzig zu erreichen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt der Vizepräsident mit, daß trotz aller Mühe in Danzig kein Senator aufzufinden sei. Er schlägt deshalb eine Vertagung der Sitzung bis Freitag vor.

Abg. **Raube** (Kom.) stellt fest, daß die praktische Arbeit des Volkstages durch das Verhalten des Senats sabotiert worden sei.

Die Sitzung wird dann auf Freitag nachmittags 3 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung nach 5 Uhr nachmittags.

Polen.

Die Liquidation des deutschen Vermögens in Polen.

Durch polnische Verordnung vom 14. Mai 1921 über die Liquidation von Privateigentum in Ausführung des Friedensvertrages von Versailles ist als Geschäftsbereich der polnischen Liquidationskommission in Posen das ehemalige preußische Teilgebiet und als Geschäftsbereich der polnischen Liquidationskommission in Warschau das gesamte übrige Gebiet der Republik Polen bestimmt worden. Wenn von dem Liquidationsrecht mit Bezug auf ein bestimmtes Vermögen, Recht oder Interesse Gebrauch gemacht wird, wird dies die Liquidationskommission in Warschau durch den polnischen Staatsanzeiger („Monitor-Polski"), die Liquidationskommission in Posen dagegen durch das Amtsblatt des polnischen Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet („Dziennik Urzedowy Ministerstwa Dzielnicy Pruskiej) bekannt machen. Der Eigentümer des liquidierten Gegenstandes muß dann binnen 30 Tagen (wenn er sich aber außerhalb Polens aufhält, binnen 6 Wochen) nach der Bekanntmachung der für ihn zuständigen Liquidationskommission seinen Wohnort anzeigen. Wenn für ihn die Liquidationskommission in Warschau zuständig ist, er aber seinen Wohnort außerhalb Warschaus hat, so hat er der Liquidationskommission in Warschau binnen der gleichen Fristen außer seinem Wohnort auch eine in Warschau wohnhafte Person anzugeben, welche zum Empfang der für ihn bestimmten Schriftstücke ermächtigt ist. Ist für ihn die Liquidationskommission in Posen zuständig, während er außerhalb des ehemals preußischen Teilgebietes seinen Wohnort hat, so muß er eine im ehemals preußischen Teilgebiet wohnhafte Person der Liquidationskommission in Posen bezeichnen.

Der „Deutsche Gläubiger-Schutzverein für Polen und Litauen" in Berlin, Behrenstraße 64, hat einen ständigen Vertreter in Posen, den er seinen Mitgliedern zur Verfügung stellen würde. Der „Schutzverband für deutsches Vermögen in Polen" in Berlin, Friedrichstraße 79 a, ist in der Lage, seinen Mitgliedern geeignete Personen in Posen und Warschau zu bezeichnen.

Es wird hierbei bemerkt, daß der Liquidation durch den polnischen Staat nach dem Friedensvertrage das Eigentum solcher Personen nicht unterliegt, welche Optanten im Sinne des Artikels 91 des Friedensvertrages sind, und im Rahmen des deutsch-polnischen Beamtenabkommens vom 9. November 1919 das Eigentum der durch Artikel 5 dieses Abkommens geschützten Personen.

Das Vermögen der Danziger Staatsangehörigen unterliegt bekanntlich nicht der Liquidation.

Streik-Ende in Warschau. Der Streik der städtischen Angestellten in Warschau ist beendet; nur die Arbeiter der Gaswerke haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen.

Gosda Schnupftabak
garantiert rein gekachelt
Ueberall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 5.

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

Hal stand hilflos da, verblüfft. Er hatte seinen Kampf für beendet gehalten — und hier entspann sich jählings ein neuer! Die Männer vertrauten ihm, riefen ihn als den kühnsten der Rebellen zu Hilfe. Nur wenige wußten von der Veränderung seiner Lage.

Während er noch zögerte, brauste die Schlachtlinie vor, der Engländer Warchope sprang auf die Stufen, sprach zur Menge. Er war ein gebeugter, verkümmerter Mann, nun aber zeigte er plötzlich die Kraft seiner Lungen. Verwundert lauschte Hal den Worten des Redners: diesen schweigsamen, stumpfsinnig aussehenden Menschen hatte er nie und nimmer für einen Kämpfer gehalten. Tom Olson hatte ihn sondiert, berichtet, daß er von nichts hören wolle. So hatten sie sich nicht mehr um ihn gekümmert. Und nun stand er da, brüllte furchtbaren Trotz in die Welt hinaus.

„Räuber sind sie und Mörder! Ueberall berauben sie uns! Ich habe es satt, ihn nicht?"

Ein Stimmengewirr dröhnte auf: alle hatten es satt.

„Gut, dann werden wir sie bekämpfen!"

Jeff Colton kam herbeigerannt, von Bud Adams und drei Bergarbeitern gefolgt. Die Menge stellte sich ihnen entgegen. Die Nahestehenden hatten die Fäuste, zeigten gleich zornigen Hunden die Zähne. Cottons Gesicht glühte vor Wut, doch erkannte er, daß es sich hier um etwas Ernstes handle, er wandte sich um und holte Verstärkung holen; — der Mob brüllte laut auf vor Entzücken. Der Kampf hatte begonnen — der erste Sieg war bereits auf ihrer Seite!

•

Die Menge schob sich die Straße entlang, singend und fluchend. Jemand stimmte die Marseillaise an, wie wahnsinnig flammten die Worte auf:

„Zu den Waffen, zu den Waffen, ihr Tapferen!
Vorwärts, vorwärts, alle Herzen entschlossen
Sieg oder Tod!"

Mitgedrückte vieler Nationen fanden sich hier, sie sangen in den verschiedensten Sprachen, dennoch war es das gleiche Lied. Sie sangen einige Takte, dann verschlang das allgemeine Gebrüll die kleineren Töne. „Vorwärts! Vorwärts! alle Herzen entschlossen!"

Einige liefen in die andere Richtung, um die Kunde zu verbreiten, bald war die ganze Dorfbevölkerung zur Stelle: Männer schwenkten ihre Mützen. Frauen erhoben schreiend die Hände — oder verharrten in starrem Schreck, erkennend, daß Kinder nicht durch revolutionäre Gesänge ernährt werden können.

Einige Männer hoben Tim Nasserth auf ihre Schultern, er mußte seine Geschichte wiederholen. Während er noch sprach, kam seine alte Mutter herbeigehastet, ihr Schrei übergellte den Lärm: „Tim! Tim! Komm herunter! Was ist es mit dir?" Sie rang in tödlicher Angst die Hände, da sie Hal erblickte, lief sie auf ihn zu. „Bringen Sie ihn fort. Joe! Der Junge ist toll geworden! Wir werden alle entlassen, werden garnichts bekommen — was soll dann aus uns werden? Heilige Mutter Gottes, was fällt dem Jungen ein?" Wieder rief sie Tim, doch achtete er ihrer nicht: Tim war auf dem Marsch nach Versailles.

Jemand schrie, man solle ins Spital eindringen, um die Verletzten vor den „verdammten Advokaten" zu schützen. Dies war wenigstens ein bestimmtes Ziel, die Menge strebte in die angegebene Richtung; Hal folgte mit den Nachzüglern; Frauen und Kindern und den weniger Mutigen unter den Männern. Er sah einige Beamte und Angestellte vorüberhasten, dann erschien auch Jeff Colton und Hal hörte, wie er den Männern befahl, aus dem Bureau Revolver zu holen.

Der große Jack David kam mit Jerry Minetti. Hal trat mit ihnen abseits, um zu beraten. Jerry loderte vor Begeisterung. Endlich war sie gekommen — die Revolte, die er seit Jahren sehnsüchtig erwartete. Worauf warteten sie denn, warum hielten sie keine Reden, organisierten nicht die Leute?

Jack David verlieh der Ungewißheit Ausdruck: man mußte überlegen, ob dieser Ausbruch anhalten könne.

Jerry erwiderte, sie könnten aus der Empörung machen, was sie wollten. Wenn sie die Führung übernehmen, könnten sie die Leute lenken und zusammenhalten. Hatte nicht auch Olson dies gewollt?

Nein, meinte der große Waliser, Olson hatte versucht, die Leute heimlich zu organisieren, als Vorbereitung zu einer Revolte in allen Gruben. Dies sei etwas ganz anderes als die offene Bewegung, die sich bloß auf eine Grube beschränke. Konnte man bei einer derartigen Bewegung auf Erfolg hoffen? Wenn nicht, so wäre es töricht, etwas zu beginnen, das als alleiniges Resultat ihrer aller Entlassung zur Folge haben werde.

Jerry wandte sich an Hal, was dem seine Ansicht sei? Und so mußte denn Hal schließlich sprechen. Es sei für ihn schwer, ein Urteil zu fällen, sagte er. Er wisse so wenig von Arbeiterbewegungen; sei ins Nord-Tal gekommen, um sich darüber aufzuklären. Es sei schwer, den Leuten zu raten, sich eine derartige Behandlung weiter gefallen zu lassen, andrerseits würde eine erfolglose Revolte alle entmutigen, die Organisierung der Leute sehr erschweren.

Dies sprach Hal, doch lag noch vieles in seinem Sinn, dem er keine Worte verlieh. Er konnte doch nicht diesen Männern sagen: „Wohl bin ich euer Freund, doch bin ich auch der Freund eurer Feinde, kann mir in dieser Krisis nicht klar werden, welcher Seite ich Treue schulde. Die Pflicht der Höflichkeit bindet mich an die, die Herren über euer Leben sind — außerdem will ich nicht das Mädchen kränken, das ich heiraten möchte." Nein, derlei Dinge konnte er nicht aussprechen. Die bloßen Gedanken gaben ihm die Empfindung, daß er ein Verräter sei; er wagte kaum, den anderen in die Augen zu blicken. Jerry wußte, daß er in irgendeiner Beziehung zu den Harrigans stehe, hatte dies wohl auch Hals Freunden mitgeteilt, es mit ihnen besprochen. Wie, wenn sie ihn nun für einen Spion halten?

Hal atmete erleichtert auf, als Jack David energisch auf seiner Ansicht beharrte. Sie würden nur dem Feind in die Hände spielen, wenn sie sich vorzeitig in die Sache hineinziehen ließen. Man müßte Olsons Rat einholen.

„Wo ist Olson?" — fragte Hal, und David erklärte, daß Olson an dem Tage, da Hal aus der Grube hinausgeworfen worden war, gekündigt und sich nach Sheridan begeben habe, um der Gewerkschaftszentrale Bericht zu erstatten. Er werde wohl nicht zurückkommen, hatte ja seine kleine Gruppe bereits gebildet, im Nord-Tal den Samen der Revolte gesät.

Sie berieten über die Möglichkeit, seinen Rat einzuholen. Es war unmöglich, vom Nord-Tal aus zu telephonieren, ohne daß jedes Wort belauscht wurde, doch fuhr in wenigen Minuten der Abendzug nach Pedro, und der große Jack meinte, einer von ihnen müßte mitfahren. Sheridan sei bloß fünfzehn oder zwanzig Meilen von Pedro entfernt, vielleicht ist dortselbst ein Gewerkschaftsbeamter, der ihnen raten wird, andernfalls kann man sich mit Sheridan verbinden lassen und einen der Gewerkschaftsführer überreden, den Nachtzug zu benützen und so am nächsten Morgen in Pedro zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Um Leben und Gesundheit der Bauarbeiter.

Die Frage des Bauarbeiterschutzes und die Heranziehung von Bauarbeitern als Baukontrolleure war schon vor dem Kriege sehr umstritten. Mit der fortschreitenden Entwickelung des Bauwesens und der steigenden Sucht, aus kapitalistischen Gründen möglichst schnell und billig zu bauen, mit der Einführung verschiedener neuer Baumethoden und der Ausbreitung des Eisenbetons und maschinellen Betriebes sind die ohnehin bereits beträchtlichen Gefahren für Leben und Gesundheit der am Bau beschäftigten Personen erheblich gewachsen. Es gibt wenig Berufe, deren Unfallstatistik höhere Ziffern aufweist. Die Verhältnisse nach dem Kriege sind nicht besser, sondern bedeutend schlechter geworden. Rücksichten auf Menschenleben spielen im Baugewerbe keine Rolle. Die geltenden Schutzbestimmungen wurden schon immer von den Arbeitern als unzureichend bezeichnet, während die Unternehmer darin eine lästige Erschwerung des Betriebes sahen, die sie soweit als irgendmöglich zu umgehen suchten. Die volle Durchführung kostet Geld und Material und beeinträchtigt die Profitrate. Grund genug für das Unternehmertum, sich jeder Verschärfung dieser Vorschriften und einer wirksamen Baukontrolle zu widersetzen. Dem Unternehmergewinn stehen aber Leben und Gesundheit des Arbeiters gegenüber, die erhalten werden müssen. So tritt hier mit aller Schärfe wie kaum bei einer anderen sozialpolitischen Frage der Gegensatz zwischen nacktem Profitinteresse der Kapitalisten und dem Lebensrecht des arbeitenden Menschen zutage.

Die Bauarbeiter, die der bisher ausgeübten Kontrolle mit größtem Mißtrauen gegenüberstanden, forderten deshalb schon seit langen Jahren die Anstellung geeigneter Vertrauensleute aus ihren Reihen, die als Baukontrolleure besonders über die Durchführung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen wachen sollen. Die Kontrolle durch die Beamten der Bauberufsgenossenschaften erschien den Arbeitern nicht ausreichend und auch nicht objektiv genug; denn diese Beamten sind nicht unabhängig von den Unternehmern. Die eigentlichen Aufsichtsorgane wurden von den Bauberufsgenossenschaften angestellt und diese sind, da die Arbeiter keinen Einfluß auf diese haben, mehr oder weniger doch als eine Vertretung der Unternehmerinteressen zu betrachten. Auch die örtlichen Baupolizeibehörden, die ebenfalls die Aufgabe haben, für Durchführung der gesetzlichen Schutzbestimmungen bei Bauten zu sorgen, mußten diese Tätigkeit viel zu sehr nebenher betreiben. Es ist nur die Feststellung einer Tatsache, wenn wir aussprechen, daß manche Baupolizeibeamte sich abhängig fühlten von den im alten Staate nach dem Dreiklassenwahlsystem gewählten Gemeindeparlamenten, in denen der Hausbesitzer und nicht selten die Bauunternehmer den Ton angaben. So ist das Mißtrauen der Arbeiter begreiflich, und ihre Forderung nach Anstellung von Baukontrolleuren aus ihren eigenen Reihen, die auch gleichzeitig neben der notwendigen Erfahrung und Sachkunde auch das Vertrauen der Arbeiter besitzen, durchaus berechtigt. Die Unternehmer aber stemmen sich mit allen Kräften gegen den Baukontrolleur aus dem Arbeiterstande. Sie behaupten, daß die Arbeiter zur Kontrolle des Baues nicht geeignet seien, weil ihnen die notwendigen theoretischen Vorkenntnisse fehlen.

Was die organisierten Bauarbeiter seit Jahrzehnten unablässig gefordert und was Bureaukratie, Gesetzgebung und Verwaltung beharrlich verweigert haben: die Anstellung von Baukontrolleuren aus den Arbeiterkreisen wurde durch die Umwälzung im November 1918 den Bauarbeitern gegeben. Der Staatskommissar von Preußen für das Wohnungswesen hat unter dem 13. Dezember 1918 an die Regierungspräsidenten eine Verfügung erlassen, durch die er den Gemeinden die Einstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen zur Pflicht macht. Durch diese Verfügung war es möglich, beim Danziger Polizeipräsidium für den Stadtbezirk wenigstens einen Arbeiterbaukontrolleur Anfang vorigen Jahres anzustellen. Gegen diese Einrichtung wurde von den Danziger Baulöwen sofort Sturm gelaufen und mußte dieser seine Tätigkeit im Laufe des Jahres auf einige Zeit einstellen. Durch mein energisches Eingreifen war es möglich, den Baulöwen diesen „Erfolg" streitig zu machen. Sogar der Oberregierungsrat Rameke, der doch sicherlich nicht als Arbeiterfreund gilt, sah die Notwendigkeit der Besetzung dieser Stelle durch einen Arbeiter ein. Er wollte nicht, daß den zahlreichen Menschenverlusten und körperlichen Beschädigungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, noch neue durch Unfälle auf Bauten hinzugefügt werden und hielt es für geboten, daß die Ueberwachung der Bauten auf die Einhaltung der bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet wird und ließ den bereits entlassenen Arbeiterbaukontrolleur wieder zurückrufen. Man möchte nun meinen, daß nun endlich die Baulöwen ihre Treibereien einstellen würden, um so mehr, da die Bautätigkeit an Umfang zunimmt und damit auch die Unfälle. Aber weit gefehlt. Die Bauberufsgenossenschaft hat sich mit einer Eingabe, die vom Unternehmer Richert unterzeichnet ist, an den Senat gewandt, die Stelle des Arbeiterbaukontrolleurs beim hiesigen Polizeipräsidium aufzuheben. Man ist sich wohl in den Kreisen bewußt, daß dieser jetzige Senat mehr Gehör für das Privatkapital und deren Profitsucht hat als sogar der Oberregierungsrat Rameke. Oder soll sich das in die Tat umsetzen, was Richert in einer anderen Sitzung zum Ausdruck brachte: jetzt regieren wir wieder.

Wir fordern von dem Senat, daß er dem Verlangen der Unternehmer nicht Rechnung trägt. Denn wenn die Unternehmer in ihrem Schreiben behaupten, daß man in Preußen von dieser Einrichtung zurückgegangen sei, so entspricht dieses nicht der Wahrheit und ist das Gegenteil von dem der Fall. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat sich erneut mit einem Erlaß an die Regierungspräsidenten gewandt, in dem er nochmals auf die Verfügung vom 13. Dezember 1918 verweist, in der verlangt wird, daß Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande angestellt werden sollen. Wo Ortspolizeibezirke zu klein oder nicht leistungsfähig sind, sollen mehrere zusammengelegt werden. Im übrigen forderte er bis zum 1. Mai 1921 einen Bericht über die Zahl der angestellten Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande, in welcher Form die Anstellung erfolgt ist und welche Entschädigung gezahlt wird.

Tatsächlich geben die Unternehmer nicht zu, daß sie nur aus nackter Profitsucht gegen die Verbesserung des Bauarbeiterschutzes wie gegen die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen sind. Sie wollen glauben machen, daß der vorhandene Bauarbeiterschutz genüge und daß Arbeiter zur Kontrolle der Bauten und der vorhandenen Schutzeinrichtungen unfähig seien. Diese Behauptungen sind einfach lächerlich. Die ungeheuren Opfer, die die Bauarbeiter bei einer Bautätigkeit alljährlich an Leben und Gesundheit bringen müssen, sind ein traurige Beweis dafür, daß der vorhandene Bauarbeiterschutz nicht genügt. Er kann nur Leuten genügen, die glauben, daß ein guter Profit jedes Opfer an Menschenglück, Menschenleben und Gesundheit wert ist. Noch unsinniger ist die Behauptung der Unternehmer, Arbeiter seien als Baukontrolleure nicht zu gebrauchen, weil sie unfähig seien. Wer sind denn die Leute, denen die Leitung der Bauten obliegt? Sind das nicht aus der Arbeiterschaft hervorgegangene Poliere? Die Unternehmer haben doch in den meisten Fällen mit der Leitung der Bauten nur sehr wenig zu tun. Arbeiter, Poliere sind es, die in den meisten Fällen an Stelle der Unternehmer die Ausführung der Bauten leiten. Und da sollten Arbeiter nicht in der Lage sein, die Einhaltung der Bauarbeiterschutzbestimmungen und die sachgemäße Ausführung der Bauten zu überwachen? Es fehlt nur noch, daß in der Eingabe angeführt wird, daß die Arbeiter schuld seien, daß der Bauarbeiterschutz so im argen liegt. Ich will hier aber vorgreifen. Es liegt nicht an der Gleichgültigkeit, sondern am Mangel des geeigneten Materials zur Schaffung von Abdeckungen und Schutzgerüsten. Aber auch wenn dies Material vorhanden ist, ist noch nicht gesagt, daß es die Arbeiter in [illegible] Weise verwenden können. [illegible] nicht dem Unternehmer Profit [illegible] die Arbeiter die Kosten und [illegible]

[illegible] Profit [illegible] daß der [illegible] Baukontrolleur nach weiteren [illegible]

Unternehmer in der jetzigen Zeit muß den Senat doch selbst zu der Ueberzeugung bringen, daß den Unternehmern der Baukontrolleur unbequem ist und es ihnen bei Beseitigung dieser Stelle nur um die nackte Profitgier geht. Der Senat soll die Allgemeinheit vertreten und nicht eine im Profithunger schäumende Klasse, darum kann es für ihn nicht anderes geben wie die Eingabe der Bauberufsgenossenschaft zurückzuweisen. Der Bauberufsgenossenschaft wollen wir von dieser Stelle aus einmal ganz gründlich sagen, sie solle sich ihres ehernen Einwandes, Arbeiter seien als Kontrolleure nicht fähig, wirklich für den Schutz ihrer Berufsgenossen zu arbeiten, schämen. Unseren Kollegen aber empfehlen wir, da sie sehen müssen wie ihre Rechte mit Füßen getreten werden sollen, — nicht gegen die Person, sondern gegen die Einrichtung der Arbeiterbaukontrolleurstelle richtet sich die Eingabe der Bauberufsgenossenschaft —, sich die Beschimpfungen zu merken und sich unter keinen Umständen aus Rücksicht auf die Unternehmer Verletzungen der Unfallverhütungsvorschriften zuschulden kommen zu lassen. Mögen sie aufrechte Männer sein und von den Unternehmern überall die Einhaltung dieser Vorschriften verlangen. Mögen sie sich aber auch durch die Treibereien der Unternehmer und der Poliere nicht von der Anwendung der nötigen Schutzmaßnahmen abhalten lassen, denn sie gefährden dadurch nicht nur ihre eigene Gesundheit und ihr Leben, sondern geben den Unternehmern und ihren Trabanten auch Material, das diese in skrupelloser Weise gegen die Interessen der Bauarbeiterschaft ausnutzen.

Arthur Brill, Vorsitzender der Bauarbeiterschutzkommission.

Danziger Nachrichten.

Kinderwanderung! Am kommenden Sonntag veranstaltet der Touristenverein „Die Naturfreunde" seine letzte diesjährige Tages-Kinderwanderung. Im Herbst und Winter werden, soweit es die Witterung erlaubt, Halbtags-Wanderungen veranstaltet werden. Das Ziel der Wanderung am nächsten Sonntag ist das Recknitztal bei Kahlbude. Mit der Eisenbahn wird bis Prangenau und zurück von Kahlbude gefahren; die Fahrtkosten betragen 3.50 für die Kinder. Es sei hier gleich bemerkt, daß es sich bei diesem Preis um eine Fahrpreisermäßigung handelt, die nur für Kinder und Jugendliche in Betracht kommt. Um eine Uebersicht über die Teilnehmerzahl zu erhalten, ist es notwendig, daß sich alle Kinder, die an dieser Wanderung teilnehmen dürfen, am Donnerstag, den 8. oder Freitag, den 9. September, von 6 bis 8 Uhr abends im Naturfreundeheim (Stockturm) anmelden müssen. Alles Nähere wird am Freitag bekanntgegeben.

Schwarzblauer Arbeiterfang. Vor kurzem fand in Oslewitz, Großer Werder, ein katholisches Arbeitervereinsfest statt, das von der Geistlichkeit der dortigen Kirchengemeinde arrangiert worden war. An dem Fest nahmen jedoch auch sehr hervorragende Andersgläubige teil. Unter diesen auch deutschnationale Grundbesitzer aus der nahen Umgegend. Nicht genug, daß sich die Geistlichkeit mit ihren Gläubigen gemeinsam „vergnügt", bedarf sie dazu auch die ihr stammverwandte reaktionäre Sippe. Mit Gottes Wort und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie werden die Arbeiter zu solchen Vereinen und Veranstaltungen zusammengeholt. Auch auf diesem Fest konnte man feststellen, wie es die Besitzenden mit Hilfe der Kirche verstehen, sich die Arbeiter zu gefügigen Werkzeugen zu machen. Dazu läßt mann dann auch den Mammon in Fülle fließen, bis den Arbeitern durch Alkohol und Zureden das letzte bißchen Ueberzeugung geraubt ist. Dann blüht der Weizen für diese Leute. Dann werden mutige Reden geschwungen gegen die religionsfeindliche Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften. In seiner Ansprache, die der ehemalige Reserveoffizier, Rittmeister und Gutsbesitzer Zimmermann-Tragheim hielt, fiel unter anderem der sehr bedeutend hervorgehobene Satz: Den Elfstundentag müssen wir unter allen Umständen beibehalten! Und einstimmig, auch von der „christlichen" Geistlichkeit wurde ihm ob dieser gar nicht christlichen Ausbeuterpolitik großer Beifall gezollt. Die von der Kirche und dem Zentrum im Verein mit den Agrariern eingerichteten Arbeitervereine dienen also jenen Volksausbeutern zur Propaganda und Agitation ihrer arbeiterfeindlichen Absichten. Landarbeiter, wir warnen euch vor obigen Elementen. In solchen Vereinen ist nicht der Platz, an dem ihr eure Interessen wahrnehmen könnt. Sondern diese Vereine leisten nur der Reaktion Vorspanndienste. St.

Heubuden (Großer Werder). In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins sprach Genosse Sikorowski über „Der Volkstag und seine Tätigkeit". Er entrollte zunächst in klaren Zügen ein Bild von der Zeit vor, während des Krieges und nach demselben, wobei er das monarchistische System schilderte. Er ging auf die Umbildung der Regierung im Jahre 1918 in Deutschland ein. Die volle Durchführung der Forderungen der Arbeiterschaft wurde durch das Zurückstehen der Parteien links von uns und durch die Spaltungen gehindert. Anschließend behandelte Redner die Abtrennung Danzigs vom Reiche, die Wahlen zur Danziger Verfassunggebenden Versammlung, ihre Zusammensetzung und die spätere Tätigkeit derselben als Volkstag. Er beleuchtete das Zusammengehen der bürgerlichen Parteien zum vereinten Bürgerblock gegen die Linksparteien und kritisierte das Gebahren des Senats gegenüber der breiten Masse. Das Steuersystem, die Broterteuerung und die Mietssteigerung richten sich nur gegen die Arbeiterschaft und sind zum Vorteil der Besitzenden. Der Bruch der Verfassung durch den christlichen Senator Schümmer bei der Verhaftung der beiden kommunistischen Abgeordneten fand scharfe Verurteilung. Aber auch das Benehmen der Kommunisten in diesen Sitzungen könne die Arbeiterschaft nicht billigen. Doch dürfe die Immunität der Abgeordneten nicht derart mit Füßen getreten werden. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen des Referenten an. In seinem Schlußwort betonte Redner die Notwendigkeit der kräftigen Ausbreitung der Presse und empfahl eine nimmer rastende Agitation für die sozialdemokratische Partei, damit der jetzigen Tätigkeit des bürgerlichen Senats ein Riegel vorgeschoben werden kann. Unter der Parole: „Durch Kampf zum Sieg: gegen Reaktion, zum Sozialismus" wurde die erfolgreich verlaufene Versammlung geschlossen. M. B.

Aus den Gerichtssälen.

Betrügereien des Muttermörders. Der Kaufmannslehrling Erich Lange aus Langfuhr, der seine Mutter mit einem Handtuch erwürgte und vom Schwurgericht bestraft wurde, stand vor der Strafkammer unter der Anklage des Betruges und der Urkundenfälschung. Er erzählte einem Herrn, er sei beim Grenzschutz und könne ihm von dort Zigaretten besorgen. Er ließ sich 1900 Mark Vorausbezahlung geben, aber Zigaretten besorgte er nicht. Das war auch gar nicht seine Absicht gewesen. In einem zweiten Falle ließ er sich in gleicher Weise 4500 Mark geben. Weiter hatte er [illegible] Schreiben gefälscht, worin ihm ein Feldwebel falsche Angaben [illegible]. Dieses gefälschte Schreiben benutzte er für seine Betrügereien. Das Gericht verurteilte ihn wegen Betruges in drei Fällen und schwerer Urkundenfälschung zu 1 Jahr Gefängnis.

Entrahmte „Vollmilch". Der Besitzer Maximilian Hildebrandt und dessen Tochter Paula in [illegible] hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Milchverfälschung zu verantworten. Sie lieferten nach Danzig Vollmilch, die nur einen Fettgehalt von [illegible] und [illegible] Prozent hatte. Die Stichprobe ergab, daß die Vollmilch einen Fettgehalt von 3,1 Prozent hatte. Das Butterfett war durch Entrahmen entzogen worden. Die Angeklagten wollten nicht wissen, wer die Entrahmung vorgenommen hat. Das Gericht erkannte aber [illegible]

Heilmittel-Wucher. [illegible] daß der Kunde, dem [illegible] die Kunden, daß der Apotheker [illegible] hinaus. Das Schöffengericht „bestrafte" den Apotheker wegen Ueberschreitung des Apothekenhöchstpreises mit 100 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte legte sogleich gegen diese geringfügige Strafe Berufung ein. Das Berufungsgericht bestätigte jedoch das Urteil.

Ein moderner Innungskrauter. Ein Oberingenieur, der in Danzig eine Nähmaschinenfabrik vertritt, hatte einen Lehrling, den er zur Fortbildungsschule zu schicken verpflichtet ist. Dieser Verpflichtung kam er aber nicht nach. Das Schöffengericht verurteilte ihn deshalb zu 30 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte legte Berufung ein und erklärte, daß er für den Lehrling viel zu tun hatte. Er hatte dem Senat geschrieben, daß er seinen Lehrling selber ausbilde. In der Fortbildungsschule könne sein Lehrling nichts lernen. Die Berufungsstrafkammer erkannte dahin, daß er verpflichtet ist, den Lehrling in die Schule zu schicken. Die Berufung wurde verworfen.

Das Wunder zweier Unschuldsengel. Die Arbeiter Richard Konradt und Bernhard Riemann in Ohra, zurzeit in Haft, hatten sich vor der Strafkammer wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Nach ihrer Darstellung sind sie natürlich ganz unschuldig und das Opfer eines Wunders geworden. Sie waren betrunken und stellten sich nachts vor ein Schaufenster eines Uhrmachers im Stadtgebiet. Dann fielen sie in das Schaufenster hinein und als sie wieder zu sich kamen, da hielten sie ganz ohne ihr Zutun 18 Uhren in der Hand. Sie unterließen es dann, die Uhren wieder an ihren Platz zu legen und den Uhrmacher von dem Unglück zu benachrichtigen. Sie liefen vielmehr fort, wurden aber verfolgt und ergriffen. Man fand bei ihnen aber nur noch 7 Uhren vor, den Rest hatten sie jedenfalls fortgeworfen. Riemann hatte einen Revolver bei sich. Das Gericht klärte das Wunder dahin auf, daß die Angeklagten gemeinschaftlich einen nächtlichen Einbruch in ein Schaufenster unternommen hatten. Conrad wurde mit 1 Jahr Zuchthaus, Riemann mit 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus bestraft.

Arbeiterbewegung.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Angestellten im Bergbau. In den gestrigen Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und Vertretern der Angestelltenverbände wurde eine Erhöhung der Gehälter um 16 Prozent, der Kindergelder um 50 Prozent, sowie außerdem eine Erhöhung der Wohnungsgelder ab 1. September zugebilligt.

Die Magdeburger Metallarbeiter haben beschlossen, den Spruch des Schlichtungsausschusses nicht anzuerkennen. Eine Vermittlungsaktion des Regierungspräsidenten wurde verworfen. Die Abstimmung in den Betrieben ergab eine große Mehrheit für den Streik, von dem ungefähr 30 000 Arbeiter betroffen werden.

Der Streik in der französischen Textilindustrie greift weiter um sich. Seit gestern sind zwölf neue Betriebe in Mitleidenschaft gezogen worden; die Gesamtzahl der Streikenden beträgt zurzeit 10 000.

Volkswirtschaftliches.

Die deutsche Seefischerei im Juli. Jetzt liegen die Fangergebnisse der deutschen Seefischerei im Juli vor. Aus der Nordsee wurden 3 754 053 Kilogramm Fische (im Juni 6 808 534 Kilogr.) im Werte von 16 569 395 Mark (rund 24½ Mill. Mark) an Land gebracht. Aus der Ostsee 2 608 487 Kilogr. (2,3 Mill. Kilogr.) im Werte von 10 605 281 Mark (8,2 Mill. Mark). Der Ertrag der Bodenseefischerei war rund 34 Mill. Kilogr. (rund 39 Mill. Kilogr.) Aus den Nord- und Ostseefängen war die Heringsfischerei mit folgendem Anteil beteiligt: Nordseeheringe 200 333 Kilogramm (611 Kilogr.), Ostseeheringe 5 944 Kilogr. (42271 Kilogr.). Die Fangergebnisse insgesamt sind also im Juli geringer gewesen als im Juni.

Rückgang der Baumwollenernte. Aus Amerika kommt die Nachricht, daß die Verminderung der Baumwollanbaufläche wegen der großen, seit langer Zeit anhaltenden Unsicherheit auf dem internationalen Baumwollenmarkte und wegen der Absatzstockung für Baumwolle, zu einem außerordentlich starken Ausfall in der Baumwollernte geführt hat. Die heurige Ernte sei die schwächste seit 20 Jahren. Genaue Ziffern liegen noch nicht vor.

Aus aller Welt.

Aufklärung der Bombenattentate in Braunschweig. In Verbindung mit den kürzlichen Dynamitanschlägen auf verschiedene Gebäude in Braunschweig sind dieser Tage auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft mehrere Kommunisten verhaftet worden, die im dringenden Verdacht stehen, an den Attentaten beteiligt gewesen zu sein. Unter ihnen befindet sich die Kommunistin Frau Faßhauer, frühere braunschweigische Kultusministerin.

Zusammenstöße mit Arbeitslosen werden aus Dundee (Schottland) gemeldet. Aus einer Menge von 5000 Personen, darunter zahlreichen Frauen, soll mit Steinen geworfen sein. Die Polizei ging mit Knüppeln vor. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Schwerer Unfall bei einem Radrennen. Bei einem Radrennen in Dortmund versuchte der Fahrer Menne an dem führenden Fahrer Brückner vorbeizugehen, der jedoch Widerstand leistete. Dabei verlor Brückners Schrittmacher die Herrschaft über seine Maschine und fuhr den Schrittmacher von Menne an, dessen Motor in den Zuschauerraum flog. Dadurch wurden sechs Personen zum Teil recht schwer verletzt. Die Fahrer kamen mit leichteren Verletzungen davon. Das Rennen wurde abgebrochen.

Ein Riesenflugboot. Nach Nachrichten aus Neuyork wird zurzeit durch die Marinebehörde bei Philadelphia ein neunmotoriges Riesenflugboot (9 je 400 PS. = Liberty) für 100 Passagiere gebaut, das bei 20 Meter Länge und 4 Meter Breite des Bootes und 50 Meter Spannweite des Tragdecks (Dreidecker) leer 80 Tonnen wiegen und einen Flugbereich von 4000 Kilometer besitzen soll.

Geheimnisvolle Sprengstofftransporte. In Hamburg nahmen Kriminalbeamte sechs junge Burschen fest, die in Paketen 28¼ Kilogramm Dynamit bei sich trugen. In der Wohnung der Verhafteten wurden später noch 16 Kilogramm Sprengstoff und 300 Sprengkapseln beschlagnahmt. Die drei Täter haben die Sprengstoffe von Arnsberg in Westfalen nach Hamburg gebracht. Dort sind noch weitere Helfershelfer verhaftet worden. Die Festgenommenen wollen teils nicht gewußt haben, daß es sich um gefährliche Sprengstoffe handelt, teils verweigern sie die Aussage.

„Humaner" Menschenmord. Auf einem Chemikerkongreß in Toronto wurde mitgeteilt, daß zu der Zeit, als der Waffenstillstand geschlossen wurde, gerade ein neues giftiges Gas erfunden war, gegen das alle Gasmasken keinen Schutz gewährt hätten. Das Gas war so stark, daß sein Vorhandensein in einem Verhältnis von 1:5 Millionen in der Luft genügt hätte, um einen Mann zu töten. Der Vortragende gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß die Verwendung von Gas eine viel „humanere" Art der Kriegführung sei, als die Sprengung von hochexplosiven Stoffen. Künftige Kriege werden nur durch die Verwendung von Gas entschieden werden.

Schweres Fliegerunglück. Dienstag abend stürzte ein Flugzeug der Linie Paris–Straßburg ab. Die vier Insassen wurden getötet, der Führer schwer verletzt ins Hospital gebracht, wo er bald [illegible]

Danziger Nachrichten.

Aenderungen der Angestelltenversicherung. Der Senat hat dem Volkstage eine Vorlage unterbreitet, betr. Erlaß eines Gesetzes über Aenderungen des Angestellten-Versicherungs-Gesetzes. Das Deutsche Reich hat ebenfalls ein entsprechendes Gesetz erlassen, das zum Ziel hat, den Empfängern von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrenten eine Monatsbeihilfe zu zahlen. Die Gehaltsgrenzen für die Versicherungspflicht sind erheblich heraufgesetzt unter Schaffung neuer Gehaltsbeitragsklassen. Wie die ganze Sozialversicherung, so wird auch die Versicherung der Angestellten zurzeit noch von dem Versicherungsträger des Deutschen Reiches unverändert weitergeführt. Die Fortführung setzt voraus, daß Danzig dem entsprechenden deutschen Gesetz folgt, damit die Angestelltenversicherung auch im Gebiet der Freien Stadt Danzig weiter unverändert gewährleistet wird.

Senator Karl Fuchs ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat sein Ressort (Kleinhandel, Feuerwehr, städt. Forst- und Grundbesitz) wieder übernommen.

Das englische Ostseegeschwader hat den Danziger Hafen im Laufe des gestrigen Nachmittags bereits wieder verlassen.

Brockensammlung! Von der Senats-Pressestelle wird geschrieben: Vor einiger Zeit hat die Stadt Danzig in der Baracke Jakobswall, gegenüber dem Kleinmeisterweg, eine Brockensammlung eingerichtet. Durch Zeitungsnotizen und öffentlichen Aushang ist wiederholt darauf hingewiesen, daß die Brockensammlung in der Hauptsache den Zweck hat, erwerbsbeschränkten Leuten Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Obgleich sich besonders in letzter Zeit die Schichten der Danziger Bevölkerung reichlich an der Abgabe von Altmaterial aller Art beteiligt haben, sind die angesammelten Vorräte noch nicht derart, daß ein geordneter Werkstättenbetrieb, wie er durch Beschäftigung erwerbsbeschränkter Leute bei der Verwertung und Verarbeitung der abgelieferten Sachen vorgesehen ist, eingerichtet werden kann. Um dieses zu ermöglichen, müssen der Brockensammlung noch reichlichere Gaben zufließen. Angenommen werden alle, insbesondere Bekleidungsstücke, Schuhe, Hausrat aller Art, Metalle, Papier, Flaschen, Staniol, Konservenbüchsen usw. Die Gegenstände werden aus den Haushaltungen abgeholt. Es genügt telephonische Meldung an die Baracke Jakobswall unter Nr. 8720 oder schriftliche Mitteilung, worauf umgehende Abholung mit besonderen Wagen, die die Aufschrift „Städtische Brockensammlung" führen, erfolgt. Da die Brockensammlung einen gemeinnützigen Zweck verfolgt, der besonders den ärmeren Schichten der Bevölkerung zugute kommt, so wird an alle, die dazu in der Lage sind, nochmals die dringende Bitte gerichtet, durch reichliche Abgabe entbehrlicher Sachen die Bestrebungen der Brockensammlung weiterhin wirksam zu fördern.

Ein Ringsport-Kursus der Deutschen Hochschule für Leibesübungen. Am Montag, den 12. September beginnen die von dem Ring-Weltmeister Heinrich Weber hier veranstalteten Ringsportkurse. Weber, der früher einer der ersten deutschen Ringer war, ist heute als Lehrer der Deutschen Hochschule für Leibesübungen tätig. Während seiner hiesigen Anwesenheit wird er einen praktischen Kursus für Schul-, Turn- und Sportlehrer, Sport- und Vereinsleiter, Jugendpfleger und Erzieher, die in die ersten Anfangsgründe des Ringens eingeführt werden wollen, um den Ring-Unterricht ihrer Schüler gewissenhaft zu leiten, halten. Dieser Kursus beginnt am Montag, den 12. September, abends 6—7½ Uhr in der Turnhalle der Schule Hakelwerk. An ihn wird sich ein zweiter Kursus für Angehörige von Sport-, Turn- und Athletenvereinen schließen zur Ausbildung von Wettringern und Ringwarten, über den noch Mitteilung ergeht. Weber, der ein fesselnder Redner ist, wird am Sonnabend, den 10. September, abends 6½ Uhr in der Aula der Oberrealschule St. Petri und Pauli einen einleitenden öffentlichen Vortrag über die Bedeutung des Volkssportes halten. Die Gebühren für jeden Kursus betragen 10.— Mk. Anmeldungen nimmt die Abteilung Sportsachen, Kaserne Wieben, Eingang Fleischergasse, 2. Stock, Zimmer 27, entgegen.

Schüler-Sportfest. Der Bund der Schüler-Turn- und Sportvereine hielt am gestrigen Tage auf dem Heinrich-Ehlers-Platz sein Sportfest ab. Ein recht stattlicher Zug bewegte sich durch die Straßen zum Sportplatz, woselbst unter Leitung des Turnrats Wallerand allgemeine Freiübungen nach dem Takt der Musik ausgeführt wurden. Von einigen kleinen Unebenheiten abgesehen, waren die zirka 1000 Turnerinnen und Turner gut durchgebildet, und war der Gesamteindruck ein guter. Die darauf folgenden Einzel- und Mannschaftskämpfe kamen nicht voll zur Geltung, da trotz der in voller Tätigkeit befindlichen Schupoleute auf dem Platz alles durcheinander lief. Die Schülerinnen und Schüler waren, soweit sie als Wettkämpfer teilnahmen, mit Eifer bei der Sache, und es kamen ganz nette Leistungen zustande. Staffelläufe, Hindernisläufe, Faustball- und Schlagballspiele wechselten mit Mehrkämpfen für Schüler und Schülerinnen ab. Den Abschluß bildete die Preisverteilung.

Max Halbe im Stadttheater. Max Halbe, der Dichter unserer Heimat, wird in der zweiten literarischen Morgenfeier am kommenden Sonntag mittag im Stadttheater aus eigenen Werken vorlesen. Max Halbe, der sich zufällig besuchsweise hier aufhält, war nicht leicht zu bewegen, und es hat Direktor Schaper nicht geringe Mühe gekostet, ihn für die Vorlesung zu gewinnen. Das dramatische Werk des Dichters kennzeichnen hauptsächlich die Dramen „Jugend", „Mutter Erde" und „Der Strom". Aus der letzten Schaffensperiode lernten wir im letzten Winter die „Hortense Ruland" kennen. Auch als Erzähler hat Halbe mit zwei großangelegten Romanen und zahlreiche Novellen starke Erfolge gehabt. Der Dichter, der heute im 57. Lebensjahre steht, ist zu Güttland an der Weichsel (in der Nähe von Tirschau) geboren, hat aber schon in frühen Jahren seine Heimat verlassen und zum größten Teil in München gelebt, wo er auch bis heute noch seinen Wohnsitz hat.

Neues Operetten-Theater. Mit einer vollkommen neuen Ausstattung wird am Sonnabend, den 10. Sept., zum ersten Male die Operette „Opernball", von Rich. Heuberger, im Neuen Operetten-Theater zur Aufführung gelangen. Der Billettvorverkauf beginnt heute im Warenhaus Gebr. Freymann. Die Vorstellungen beginnen 7½ Uhr. Kassenöffnung ist 6 Uhr. Sonntags ist die Kasse vormittags von 10—2 Uhr zum Vorverkauf geöffnet.

Varieté Wintergarten. Der siebente Tag der Ringkämpfe brachte das erste Zusammentreffen der beiden Preisanwärter Hawlitschek (Tschecho-Slowakei) und Hans Schwarz (München). Der Kampf blieb trotz heftiger Attacken unentschieden. Im Treffen des Danzigers John Roepell und Debie (Köln) kam der Kölner in der 17. Minute so unglücklich zu Fall, daß der Kampf abgebrochen werden mußte. In seinem Entscheidungskampf gegen den bärenstarken Russen Petrowitsch war Naber gezwungen, alle Register seiner ringtechnischen Fertigkeiten zu ziehen; trotz seiner brillanten Verteidigung mußte er sich der überlegenen Kraft des Russen nach einer Gesamtzeit von 47 Min. 15 Sek. beugen. Die heute ringenden Paare sind im Anzeigenteil ersichtlich.

Zu den Diebstählen in der Gewehrfabrik wird uns im Anschluß an unsere gestrige Notiz vom Angestelltenausschuß der Gewehrfabrik mitgeteilt, daß an der umfangreichen Unterschleife von Material weder frühere noch jetzige Angestellte beteiligt sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Diebstähle von vier Arbeitern ausgeführt sind, die in der gestrigen polizeilichen Meldung unter dem üblichen Sammelnamen als frühere Angestellte bezeichnet wurden.

Beim Wohnungseinbruch überrascht. Der stellenlose Bäcker Oskar Blumnau ist mittels Nachschlüssel in eine verschlossene Wohnung Weidengasse 5 eingedrungen, um zu stehlen. Er wurde von der Bewohnerin bei der Tat betroffen, und letztere erhielt von ihm einen Stoß, sodaß sie zu Boden fiel. Der Täter, welcher flüchtig wurde, konnte später ermittelt und festgenommen werden.

Nächtlicher Bodendiebstahl. Der wohnungslose Arbeiter Bruno Heron sowie die wohnungslose Martha Krohn erbrachen ein Vorhängeschloß auf dem Boden des Hauses Schichaugasse 23, übernachteten dort und stahlen bei ihrem Fortgange ein blaues Marinejackett. Beide wurden festgenommen und dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Hafen-Nachrichten. Eingang: Dän. Dampfer „Gerda" von Blyth (Kohlen), Dän. Dampfer „Polonia" von Neuyork (Passagiere und Güter), Deutsch. Segler „Alma" von Oskarshamn (Futtermehl), Holl. Dampfer „Berenia" von Amsterdam (Güter), Danz. Dampfer D. „Siedler" von Amsterdam (Zucker), Deutsch. Dampfer „Hela" von Stettin (Güter), Dän. Dampfer „Ficaria" von Kopenhagen (Passagiere), Dän. Dampfer „Niels Ebbesen" von Kopenhagen (Passagiere), Poln. Segler „Oekonomie" von Rewa (Torf). Der amerik. Dampfer „Manchuria" landete 193 Passagiere von Neuyork auf der Reede und setzte seine Reise nach Hamburg fort. Ausgang: Dän. Dampfer „Moskov" nach London (Passagiere und Güter), Danz. Dampfer „Oberpräsident Delbrück" nach Riga (Güter), Engl. Dampfer „Portwood" nach Blyth (leer), Poln. Segl. „Helena", „Heinrich", „Eugenia" und „Arwin" nach Rewa (Torf), Estl. Segler „Mcorr" nach Memel (Güter), Deutsch. Seeschl. „Terschelling" schleppt Seeleichter „Elly" und „Sigrid" nach Dordrecht (Holz), Deutsch. Seeschl. „Fairplay V" nach Hamburg (leer), Danz. Dampfer „Gazelle" nach Hela (Passagiere), Deutsch. Dampfer „Grüßgott" nach Swinemünde (Passagiere), Deutsch. Dampfer „Nymphe" nach Libau und Pillau (Passagiere).

Polizeibericht vom 8. September 1921. Festgenommen: 16 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 1 wegen Schmuggels, 2 wegen Körperverletzung, 2 wegen Widerstandes, 7 in Polizeihaft. — Obdachlos: 1 Person.

Oliva. Wiedereröffnung des Volksbades. Das Brause- und Wannenbad in der neuen katholischen Volksschule wird von jetzt ab bis auf weiteres am Freitag und Sonnabend jeder Woche geöffnet sein. Die Badezeiten sind wie bisher festgesetzt und zwar: am Freitag jeder Woche von 1—9 Uhr nachmittags für weibliche Personen, am Sonnabend jeder Woche von 1—9 Uhr nachmittags für männliche Personen. Die Offenhaltung an weiteren Tagen ist von einer regen Benutzung des Bades abhängig. — **Geländeverpachtung.** Die Gemeinde hat noch mehrere Parzellen Kleinpachtland zu verpachten. Etwaige Reflektanten wollen sich bis zum 15. September d. Js. im Tiefbauamt, Am Schloßgarten 23, Zimmer 8, melden.

Vermischtes.

Brandkatastrophe in Pommern. In Darkow bei Belgard entstand auf ungeklärte Weise Großfeuer, das in kurzer Zeit 18 Gebäude, Scheunen, Stallungen und Wohnhäuser einäscherte und die gesamten Erntevorräte vernichtete. Man vermutet Brandstiftung.

Grauenvolle Untat einer geistesgestörten Mutter. In Lünen bei Dortmund schnitt die Frau eines Bergmanns in einem Anfall von Geistesstörung ihren drei Kindern mit einem Rasiermesser die Kehlen durch. Der älteste Sohn suchte zu entfliehen, wurde aber von der Rasenden eingeholt und getötet. Man brachte die Frau zur Polizeiwache, wo sie sofort in einen tiefen Schlaf verfiel. Als sie wieder erwachte, war ihr jede Erinnerung an das Vorgefallene geschwunden.

Versammlungs-Anzeiger

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter:

Aufwärterinnen der Senats- und städtischen Betriebe. Am Freitag, den 9., nachmittags 7 Uhr im Restaurant Müller, Niedere Seigen 8, Versammlung: Unsere neue Lohnentschädigung.

Standesamt vom 8. September 1921.

Todesfälle: Arbeiter, Wehrmann der 2. Komp. Reserve-Inf.-Regts. 61 Johann Karl Sadlowski, 38 J. — T. des Arbeiters Otto Konsetzki, 9 Wochen. — S. des Formers Eduard Ekelow, 4 M. — Frau Anna Vogutt geb. Schmidt, 24. J. 9 M. — S. des Tapezierers Artur Kumetz, 1 J. 8 M. — Witwe Franziska Pansegra geb. Nutz, 73 J. 8 M. — Frau Minna Ritter geb. Kienbaum, fast 40 J. — Tischler Karl Hagelmoser, 69 J. 5 M. — Wirtschafts-Inspektor Louis Haak, fast 77 J.

Vom Kartoffelmarkt. Auf dem Bahnhof Langfuhr sind fünf Waggons Kartoffeln eingetroffen. Auf dem Markte befinden sich 600 Zentner. Der Preis beträgt 45 und 50 Pfennig pro Pfund.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	(Auszl. 2,27) 2,35	am Vortage	2,45
Dollar:	96	„ „	93
Engl. Pfund:	354	„ „	346—47
Franz. Franks:	—	„ „	708
Schweiz. Franks:	—	„ „	—

Wasserstandsnachrichten am 8. September 1921.

	vorgestern	gestern		gestern	heute
Zawichost	+0,29	+0,28	Montauerspitze	—0,56	—0,53
Warschau	+0,48	+0,49	Piekel	—0,66	—0,64
Plock	+0,—	+0,17	Dirschau	—0,76	—0,78
	gestern	heute	Einlage	+2,28	+2,30
Thorn	—0,36	—0,37	Schiewenhorst	+2,54	+3,56
Fordon	—0,42	—0,43	Schönau O. P.	+6,14	+6,14
Culm	—0,57	—0,60	Galgenberg O. P.	+4,50	+4,50
Graudenz	—0,51	—0,53	Neuhorsterbusch	+2,22	+2,20
Kurzebrack	—0,12	—0,11	Anwachs	—1,12	—1,24

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für Freistaatpolitik, Lokales und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Ewert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

nen, während es ganz im Gegenteil dem Nutzen der Völker entspricht, die Finanzleute ihre Konkurrenzkämpfe allein auskämpfen zu lassen, ohne Zollgrenzen, durch die der Verbraucher zugrunde gerichtet wird;

weil sich der einzelne zwar der Gesellschaft unterordnen soll, aber nicht der G. m. b. H.;

weil man die Beleidiger und die Verleumder gleichmäßig verabscheuen soll, die den Haß auf beiden Seiten der Grenzen nähren. Diese Versorger der Totenkammern sind, mögen sie auch in ehrlichem Glauben, im Ueberschwang ihrer patriotischen Begeisterung handeln, nicht besser, als wenn sie gedungen wären, Bestellungen von Rüstungen und Kanonen zu erzielen;

weil ich allen, die großsprecherisch erklären: „Ich bin für einen neuen Krieg," antworten werde: „Bei welcher Waffengattung werden Sie ihn mitkämpfen?";

weil Greise, Untaugliche und Frauen nicht das Recht haben, den Krieg einem Bündnisse vorzuziehen. Sie ahnen nicht, was eine Schlacht ist; sie sind sicher, nicht an ihrem eigenen Körper leiden zu müssen. Nur die Frontkämpfer sind berufen, über sich selbst zu verfügen. Leute, die es zulassen oder billigen, daß andere ins Feuer gejagt werden, sind nicht besser als Mörder;

weil die Erinnerung an unsere anderthalb Millionen Toten uns abschrecken sollte, neue Opfer fallen zu lassen;

weil das Kriegsgeschrei: Freiheit oder Tod! ein Widerspruch ist. Wenn ich tot bin, bedeutet mir die Freiheit nichts mehr. Wenn ich am Leben bleibe, — welche Freiheit gibt es nach dem modernen Krieg noch in einem Lande, das unter einer Last von Steuern keucht, das unter einer Ueberfülle von Zöllen stöhnt und in dem es von Dieben wimmelt?

„Der Friede oder der Tod", so müßte es in Wahrheit heißen:

weil jene lügen, die uns hetzen, ihren Vorteil zu verteidigen, und uns vorbeten: Der Tod fürs Vaterland ist das Schönste. Nein, das Schönste ist lieben, schaffen, leben!

Ein skandalöses Urteil.

Wie auf allen Gebieten, so ist die Reaktion auch auf dem der Pädagogik immer mehr auf dem Vormarsch gegen jeden freiheitlichen Geist, und besonders ist es die neue Einstellung der Jugend, jenes neue von jedem Zwang der alten sogenannten „Moral" befreite Ethos, das von den verfilzten Philisterseelen auf das niederträchtigste verleumdet und verfolgt wird. Besonders der Gründer und geistige Leiter der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, Gustav Wyneken, der Führer und erklärte Vorkämpfer der „Entschiedenen Jugend", hat schon längere Zeit unter schweren Verfolgungen zu leiden. Ein nichtswürdiger Halunke, ein eifersüchtiger Neider, hatte Wyneken nach heutigem Gesetz strafbarer Handlungen verdächtigt, weil er zwei Knaben umarmt habe. Wyneken zog aus dieser, von der gesamten Schulreaktion begeistert aufgenommenen niedrigen Verleumdung die Konsequenz und legte seine Arbeit, trotz entschiedener Vertrauenskundgebungen seitens der Lehrer, Eltern und Schüler von Wickersdorf bis zur Erledigung der Selbstanzeige, die er gegen sich erstattete, nieder. Jetzt hat der Prozeß stattgefunden und er hat den bei der heutigen Natur der deutschen Gerichtsbarkeit selbstverständlichen Ausgang genommen. In dem Prozeß, der gegen das Verlangen Wynekens unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, wurde Wyneken zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Der erste Zeuge, der vor dem Untersuchungsrichter den Angeklagten schwer belastet hatte, lehnte diesmal alles ab, was gegen den Angeklagten sprach, während der zwölfjährige Zeuge Herrmann seine früheren Wyneken belastenden Aussagen aufrecht erhielt. Als erster Entlastungszeuge bezeichnete Dr. Kühnert (Jena) den Angeklagten als einen geradezu einzig in Deutschland dastehenden Pädagogen; seiner Wirksamkeit stehe er kritisch gegenüber und müsse sich des Vorwurfs einer einseitigen Parteinahme für Wyneken erwehren. Der prakt. Arzt Dr. Jerosch (Hamburg), ein früherer Schüler der Wickersdorfer Schulgemeinde bekundete, daß er noch jetzt mit tiefer Sympathie an Wyneken hänge, und daß er den Umgang mit ihm als das Wertvollste seines Lebens betrachte. Eine sexuelle Einstellung Wynekers in seinem Verkehr mit Jünglingen habe er nie bemerkt. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Zeuge Dr. Kupfender (München), der ebenfalls lange Zeit der Wickersdorfer Anstalt angehört hat. Der Leiter der Lichtwarkschule in Hamburg, Dr. Jäger, sagte aus, daß er erst durch Dr. Wyneken die Liebe zum Lehrerberuf erhalten habe. Er selbst sei von der Hamburger Regierung beauftragt, die Ideen des Angeklagten, soweit sie für die Hamburger Verhältnisse möglich seien, dort zur Durchführung zu bringen. Der Verteidiger warnte in seinem Plädoyer davor, einen Mann wie Wyneken allein auf die Aussagen eines 12½jährigen Jungen hin zu verurteilen. Kein einziger Zeuge einschließlich der vernommenen pädagogischen Fachmänner habe auch nur das geringste Belastende gegen Wyneken ausgesagt und halte ihn einer Tat im Sinne der Anklage (unzüchtige Handlungen an Jugendlichen) für fähig.

Wyneken selbst legte in einer zweistündigen Rede sein Erziehungssystem dar, auf Grund dessen er, wie bisher, lediglich den Tatbestand einer „nackten Umarmung" zugab, ihn aber als sittlich und geistig einwandfrei zu rechtfertigen suchte und alle darüber hinaus gestellten Vorwürfe der Anklage von sich wies. Seine Rede wurde von dem Staatsanwalt und dem Vorsitzenden mehrfach mit den Ausrufen: Aber das ist ja einfach nicht zum Aushalten, hier ist doch kein Kollegl unterbrochen.

Das Gericht fällte in den späten Nachtstunden das Urteil auf ein Jahr Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt.

Die Lehrerschaft der freien Schulgemeinde Wickersdorf erläßt eine Erklärung, in der sie Wyneken trotz des Urteils ihr volles Vertrauen ausspricht.

Fest steht jedenfalls die Ungeheuerlichkeit eines Urteils, das, gestützt auf die umstrittene Aussage eines einzigen Zwölfjährigen und — die vergiftete reaktionäre Gesinnung bestimmter Kreise, einen Mann trifft, der zu den wertvollsten Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens überhaupt gehört. Wyneken hat in seinen Schriften und vor allem in seinem ureigenen Werk, in Wickersdorf Werte geschaffen, denen gegenüber das Urteil eines deutschen Gerichts aus dem Jahre 1921 nichtig ist. Noch steht es nicht fest, noch steht das nächste Verfahren bevor. Bestätigt es dieses Urteil gegen einen im Dienst an der Jugend und am Geiste ergrauten Mann, dann werden sich nicht nur die Menschen, die ihn verehren, besonders die Jugend, um ihn scharen und zu ihm stehen, sondern sie werden auch erneut zum Kampfe angespornt sein gegen den Geist und die Gesetze, die ein solches Urteil ermöglichten.

„Wir leben in keiner guten und schönen Zeit, und noch wird keiner von uns, die hier stehen, eine gute und schöne Zeit erleben. Wir leben in einer Zeit des Ueberganges. Möchten wir solcher schweren und gefährlichen Zeit würdig sein und, wenn es not tut, solcher Menschen, von denen Nietzsche sagt, er liebe sie, weil sie um des Ueberganges willen für die Menschheit auch den eigenen Untergang nicht scheuten." So sprach Gustav Wyneken am 12. Oktober 1918 auf dem Hohen Meißner zur Jugend. Er ist einer jener Menschen. Und wenn es den finsteren Mächten, die gegen ihn sind, selbst gelingt, ihm den Untergang nach den Moralbegriffen eines verkommenen Bürgertums zu bereiten, wird immer feststehen der Ruhm Wynekens, für den großen Uebergang Wertvolles geleistet zu haben.

Um das deutsche Memel.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Loslösung des Memelgebietes von Deutschland zum Teil auf den Einfluß der russisch-litauischen Emigranten in Amerika zurückführt. Der Erfolg der Abtrennung entsprach allerdings keineswegs den Erwartungen seiner Befürworter. Sie zeigte lediglich vor aller Welt, daß das Memelland deutsch ist. In einer Adresse an die Friedenskommission vom April 1919 protestierten in den Kreisen Heydekrug und Memel, den Hauptkreisen des Gebietes, 93 resp. 78 Proz. gegen eine Vereinigung mit Litauen (an die Möglichkeit einer Vereinigung mit Polen dachte damals noch kein Mensch), und der Gedanke an ein Aufgehen in Litauen hat bis auf den heutigen Tag noch nicht festen Fuß im Memelland gefaßt. Das mag verwunderlich erscheinen, da nach einer Volkszählung vom Jahre 1910 von den Einwohnern des Kreises Heydekrug 54 Proz. und des Kreises Memel 44 Proz. das Litauische als ihre Muttersprache angaben, ein Umstand, der die maßgebenden Persönlichkeiten in der Friedenskommission wohl auch zu der Absonderung von Deutschland veranlaßte. Man übersah allerdings hierbei, daß von den 150 000 Einwohnern des Memelgebietes 140 000 Protestanten sind, während sich der geringe Rest aus Katholiken und Juden zusammensetzt. Wer weiß, wie schroff konfessionelle Gegensätze gerade innerhalb kleiner Nationalitäten sind — Irland ist zurzeit ein überaus lehrreiches Beispiel dafür —, den wird die entschiedene Ablehnung eines wie auch immer gearteten Zusammengehens mit dem katholischen Litauen (bei dem katholischen Polen verhält es sich nicht anders) von seiten auch der litauischen Memelbewohner nicht mehr wunder nehmen.

Das mag ein Grund mit dafür gewesen sein, daß die großlitauische Agitation in Memel zunächst nicht die Ausmaße annahm, die man erwarten mußte. Erst in letzter Zeit, seit Polen als Rivale auftrat und mit der ihm eigenen Hemmungslosigkeit seine agitatorischen Taschenspielerkünste auf das Memelgebiet losließ, setzte auch eine zielbewußte Agitation von litauischer Seite ein. Die Tarybа, das litauische Parlament in Kowno, meldete seine Ansprüche an, in der Presse wurde es lebhafter und litauische Agenten versuchten durch Land- und städtische Terrainkäufe großlitauische Keile in das Memelgebiet zu treiben. Eine litauische Zeitung in Tilsit geht gar so weit, auf weitere Absplitterung deutschen Landes hinzuarbeiten, ein Unterfangen, das die Gastfreundschaft auf deutschem Boden denn doch ein wenig zu sehr ausnützen heißt.

Angesichts dieses verstärkten Ansturmes wird viel davon abhängen, daß die Memelbewohner an ihrem bisherigen Standpunkt: Ablehnung einer Vereinigung mit Litauen oder Polen, Errichtung eines autonomen Freistaates Memelland einheitlich festhalten. Der deutsch-litauische Heimatbund in Memel, der nicht mit ähnlichen Vereinigungen in Deutschland verwechselt werden darf, geht in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel voran und von der arbeitenden Bevölkerung in der Stadt und auf dem Lande kann man sagen, daß sie alles andere wünscht als das, für was sie litauische und polnische Agitation gewinnen möchte. Leider legen nicht alle Kreise des Großkapitals, das zum Teil in angesehenen politisch-verwaltungstechnischen Stellen sitzt und nicht immer den besten Gebrauch von dieser ihrer Gewalt macht, dieselbe Entschlossenheit an den Tag. Trotz aller Ableugnungsversuche steht fest, daß von dieser Seite unter der Hand Vorbesprechungen eingeleitet worden sind, deren letztes Ergebnis ein Untertauchen des Memelgebietes unter die litauische oder polnische Oberhoheit bedeuten würde.

In memelländischen Kreisen Deutschlands, die sich mit einer Autonomie des Memellandes abgefunden hätten, spricht man seit Bekanntwerden der angedeuteten Tatsachen davon, daß die rechte Antwort hierauf nur der offen ausgesprochene Wunsch nach einer Wiedervereinigung des Memelgebietes mit dem Deutschen Reich sein könne und führt als Grund hierfür u. a. an, daß der überaus größte Teil gerade der memellitauischen Landbevölkerung ebenso denke. Gegenüber diesen widerstrebenden Interessen um den Besitz des Memellandes, wäre es notwendig, die Bevölkerung selbst entscheiden zu lassen, wohin sie gehören will.

Soziales.

Arbeiterurlaub.

Neben dem Achtstundentag, der augenblicklich einer reichsgesetzlichen Neuordnung unterliegt, ist die Gewährung von Arbeiterurlaub eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften der Revolution. Wenn man auch annehmen darf, daß, abgesehen von den Saison-Gewerben, Arbeiterurlaub augenblicklich fast in allen Betrieben gewährt wird, so fehlt es in dieser Hinsicht noch immer an einer einheitlichen Regelung. Wie wir aus den Berichten der preußischen Regierungs- und Gewerberäte ersehen, gewährt man den Arbeitern in Preußen je nach ihrer Dienstdauer im allgemeinen 3—14 Tage Urlaub. Aber der Schlüssel, nachdem der Urlaub verteilt wird, ist ein sehr verschiedener und es kommt vor, daß Betriebe nicht über 3 Tage Urlaub hinausgehen, wieder andere Betriebe in verhältnismäßig kurzer Zeit ihrer Arbeiterschaft 14 Tage gewähren. Eine Firma löste das Problem des Arbeitsurlaubs derart, daß sie die Arbeiter generell ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Werkzugehörigkeit 6 Tage Urlaub gewährt. Allgemein durchgeführt ist es, daß der Urlaub auf die Sommermonate verteilt wird. In einzelnen Regierungsbezirken haben sich die Unternehmer entschlossen, der Arbeiterschaft den Urlaub insgesamt zu erteilen, so daß während der Urlaubszeit die Fabriken gänzlich geschlossen werden. Diese Methode scheint sich besonders bewährt zu haben. Sie dringt immer mehr durch. Eine strittige Frage ist es, ob in den Urlaub fallende Sonn- und Feiertage mit auf den Urlaub angerechnet werden sollen. In dieser Hinsicht scheint eine große Anzahl der Unternehmer in einem der Arbeiterschaft nicht günstigen Sinne zu entscheiden. Sehr anerkennenswert ist es, wenn im Regierungsbezirk Köln eine Reihe der Arbeitgeberschaften die Bestimmung getroffen hat, daß den Kriegsteilnehmern, die ihre Arbeitsstätte nicht gewechselt haben, die Dauer der Zugehörigkeit zum Heere auf das Dienstalter im Betriebe voll angerechnet wird. Jedoch ist andererseits nicht zu verkennen, daß dadurch infolge der Verschiebungen eine Reihe von Arbeitern, die nach dem Kriege ihren Platz wechseln mußten, unverschuldet schlecht abschneidet. Einer einheitlichen Regelung bedarf die Frage, ob einem Arbeitnehmer, dem gekündigt wurde, bevor er den zustehenden Urlaub erhielt, für die entgangene Urlaubszeit der zustehende Lohn erstattet wird. Eine Frage, die besonders unter den heutigen Verhältnissen eine große Rolle spielt, ist die, ob der Arbeitnehmer während des Urlaubes gegen Entschädigung einer gewerblichen Beschäftigung nachgehen darf oder nicht. Man sieht, die Frage des Arbeiterurlaubes ist ein Kapitel für sich, das einer besonderen Regelung bedarf, und das verdient, im Arbeitsrecht eine besondere Stelle einzunehmen.

Genossenschaftliches.

Gewerkschaften und Genossenschaften. Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften stieg im Jahre 1920 im Jahresdurchschnitt von 5 479 073 auf 7 890 102. Vergleicht man damit die Mitgliederzahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften, dann ergibt sich, daß noch viele Hunderttausende Gewerkschaftler ihren Lebensbarf unter Bereicherung privatkapitalistischer Unternehmer decken. Der genossenschaftlichen Werbearbeit steht also noch ein weites Feld offen.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Donnerstag, den 8. September 1921, abends 7 Uhr:
Dauerkarten D 1.
Der Freischütz
Romantische Oper in 3 Abteilungen von Friedrich Kind. Musik von Carl Maria von Weber.
Neu in Szene gesetzt von Direktor Rudolf Schaper. Musikal. Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.
Personen wie bekannt. Ende 10¼ Uhr.
Freitag, abends 5½ Uhr: Dauerkarten E 1. „Tristan und Isolde."
Sonnabend, abends 6 Uhr: Dauerkarten A 2. Ermäßigte Preise. Neu einstudiert „Wilhelm Tell".
Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum 1. Male. „Der Vetter aus Dingsda." Operette.

Stadttheater Danzig
Direktion: Rudolf Schaper.
Sonntag, den 11. September 1921, vorm. 11 Uhr
Zweite (literarische) Morgenfeier
Max Halbe 5011
„Aus eigenen Dichtungen"
Preise der Plätze: I. Rang u. Orchestersessel 5 M, Sperrsitz 4 M, II. Rang 3 M, Stehparterre und III. Rang 2 M.

Neues Operetten-Theater
vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann
Sonnabend, d. 10. Sept. abends 7½ Uhr
Eröffnungs-Vorstellung
„Opernball"
Operette in 3 Akten von Richard Heuberger
Regie: Dir. Otto Normann
Dirigent: Kapellmeister Runge
Sonntag u. Montag: „Opernball."
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt, von 10 bis 5 Uhr täglich. (4796
Kassenöffnung 6 Uhr.

Gedania-Theater
Schüsseldamm 58/55 (6105
Ab heute! Nur bis einschl. Sonntag!
Kein Detektivfilm! Kein Sensationsfilm!
sondern
„Der größte Zirkus-Film der Gegenwart!"
Die Benefizvorstellung der vier Teufel
in 6 inhaltsreichen sehenswerten Akten unter Mitwirkung namhafter Filmkünstler und Artisten.
„Der Millionen-Schuster"
Original-Lustspiel in 3 Akten
sowie Ski-Kursus in Oberammergau und Die Seidenraupenzucht in Deutschland.

Kohlenschlacke
gibt ab
Danziger Aktien-Bierbrauerei
Langfuhr. (5004

Varieté
Wintergarten
Beginn 7.30 Uhr
Olivaer Tor 10 — Telephon 1925
Direktion: Arthur Löwinsohn.
Täglich
Großer Internationaler
Ringer-Wettstreit
um den Gold-Pokal von Danzig und and. wertvollen Ehrenpreisen, außerd.
Geldpreise: Mark 10 000.— in bar.
Heute Donnerstag, den 7. September ringen folgende Paare:

John Roepell, Danzig 125 Kilo	gegen	Josef Pichler, Steiermark 110 K.
Peter Debie, Köln 104 Kilo	gegen	Kleuscherl, Brandenb. 96 Kilo
Gustav Haber, Ostpreußen 96 Kilo	gegen	Georg Altmann, Berlin 104 Kilo

Entscheidung:
Weimanura, Turkestan 108 Kilo — gegen — Jan Jaago, Estland 110 Kilo
Außerdem das neue Varieté-Programm!
(5015)

Besorgen Sie!!!
sich rechtzeitig Eintrittskarten zu den
internationalen Festspielen
der Groß-Wanderschau
CIRCUS HENNY
Danzig — Heumarkt
in dem Zigarrengeschäft von Krüger & Oberbeck, Kohlenmarkt, Telefon Nr. 2345 und an den Cirkuskassen, Telefon Notamt Nr. 5274, damit Sie Abends nicht mit dem Schildchen „Ausverkauft" Bekanntschaft machen müssen.
Täglich ab 10 Uhr
Probe und Raubtier-Schau. (5009

Technische Hochschule Danzig.
Die Einschreibungen für das Winterhalbjahr finden vom 20. September bis 30. Oktober 1921 statt. Beginn der Vorlesungen am 17. Oktober. Programmversendung gegen Einsendung von 5,60 M (Ausland 6,50 M). Anrechnung von Semestern und Prüfungen an deutschen Hochschulen unverändert wie bisher.
Für Zureise über See ab Swinemünde oder Königsberg genügt deutscher Paß, mit der Eisenbahn ist außerdem polnisches Visum erforderlich.
(5010) Der Rektor.

Otto Siede Danzig Holzmarkt 25/26.
Ausbildung von Damen und Herren in
Buchführung und Kontorarbeiten (4970
Auch Unterricht in einzelnen Fächern, sowie Stenographie Maschinenschreiben und Sprachen. Einzelunterricht, daher Eintritt jederzeit. Auskunft u. Lehrplan kostenlos.

Klub-Garnituren, Klubsessel, Sofas, Chaiselongues, Auflegematratzen
sehr preiswert. Polsterwerkstatt (4949
H. Will, Husarengasse 9.
Reparaturen billigst.

Wir empfehlen die vorzügliche
Ravenstein-Karte
vom
Freistaat Danzig
Preis 7.20 Mk.
Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Bernstein-Dreherinnen
bei hohem Verdienst und dauernder Arbeit, sowie
Lehrmädchen
bei wöchentlicher hoher Vergütung stellt sofort ein
Max Simson, (4883
Bernsteinwaren-Fabrik, Johannisgasse 32.

Fahrräder
Neue und gebrauchte Damen- und Herren-Fahrräder in großer Auswahl enorm billig. (4937
Mäntel, Schläuche
sämtliche Ersatz- und Zubehörteile.
Reparaturen
fachgemäß und billig.
Danzig. Fahrradvertrieb
Max Willer,
1. Damm Nr. 14.
Telephon 2957.

2 Bettgestelle
1 Nußbaum, 1 Birke, beide gut erhalten, zu verkaufen.
Rudolf Ahrend, (†
III. Damm 15 III.

1 Paar Herrenschuhe, Gr. 47, 1 Winterjoppe, 2 Frauenmäntel, 3 flamm. Petroleumkocher zu verkaufen. Hirschgasse 2 a, 1 Treppe links. (†

Böden einsetzen, Waschbrett. bezieh.,
sämtliche Reparaturen äußerst billig. Klempnerei
Kling, Ancipab 37. (4342

Kupfer, Messing Blei, Zink usw.
kauft zum Tagespreis
Arndt, Junkergasse 8. Pfefferstadt 31.

Möblierte Zimmer
in Langfuhr
sucht Deutscher Heimatbund für Teilnehmer a. d. deutschkundl. Woche (4. bis 9. Okt.) Ang. an Studienrat Klinkott, Ahornweg 1. (4992

Verloren
feingliedriges, grünlich-schimmerndes Armband Freitag abend auf d. Wege v. Zirkus üb. Weinbergstr. nach Karthäuser Straße. Geg. Belohn. abzugeb. bei Zilla, Karthäuser Str. 86 (†

Maschinenschreiben
auch auf poln. Masch. Tages- und Abendkurse
Otto Siede, Holzmarkt.

Stenographie
Einzelunterricht (4971
Tages- u. Abendkurse.
Otto Siede, Holzmarkt.

Einige tüchtige
Großstückarbeiter
per sofort gesucht
Walter & Fleck
Herren-Maßabteilung
(†

Tüchtige Arbeiterinnen
zur Änderung von Paletots
per sofort gesucht
Walter & Fleck
Damen-Konfektion
(†

Julius Goldstein
Junkergasse 2—4 — Lawendelgasse 4
gegenüber der Markthalle (4602
Billigste Bezugsquelle
für Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren- und Damen-Wäsche, Strickwolle, Trikotagen und Schürzen
Spezial-Abteilung: Damen- und Kinderputz

Zigarrenarbeiterinnen
Zigarrensortiererinnen
Zigarrenkistchen-Bekleberinnen
und Fertigmacherinnen
Zigarrenkistchennagelerinnen
sucht für sofort (†
M. A. Hasse Nachf., Danzig.